

Cafe • Restaurant



Amadeus

4910 Ried
Kirchenplatz 4
Telefon
07752-87 7 33

Öffnungszeiten:
von 10 bis 24 Uhr

Wie schön,
Geschmack zu
haben.

Mit »Blaulicht« auf
einen AUF-Lauf
oder eine andere
Köstlichkeit.

SKI-Erlebnis PITZTAL TIROL 850-2.500 m

MEHR URLAUB FÜR WENIGER GELD:
von komfortabel bis schneesicher.
**Hotelappartement, Wohn-/Schlafraum, Sat-TV, Tel.,
Sauna, Sanarium, Solarium.**
7 Tage Halbpension • 6 Tage Hochzeiger Skipaß.
Schibus Kinderanimation, Wochenprogramm,
Menüwahl, Fondueabend.
SUPERSPARWOCHE 6S 4.193,- / Kinder bis 10 gratis
ab 10 Jahre 1 Kind 6S 2.699,- / jedes weitere 6S 1.960,-
Hauptsaison Erwachsene 6S 4.634,-

APPARTEMENT - HOTEL*
Familie Neuraüter**

Bärchenwald***

A-6471 Wald/Pitztal
Tel. (05412) 64 1 31
Fax (05412) 64 0 65



Mit **Blaulicht** in die
Hospiz-Alm
nach **St. Christoph!**



St. Christoph, Tel. 0 54 46/36 25

Boardercross - Snowboard - Trainingskanal, Halfpipe



Wir haben den Schnee, den ihr Schifahrer und Snowboarder braucht



ACHENSEE

**HOCHALMLIFTE
CHRISTLUM**

A-6215 Achenkirch/Achensee
☎ (00 43) 52 46-63 00 + 63 90, Fax: (00 43) 52 46-67 23
Das Skiparadies im Karwendel

Tirol



CHRISTLUM ALM

☎ (00 43) 52 46-63 88
Fax (00 43) 52 46-68 75

Jeden Mittwoch
Rodelabend ab 20.00 Uhr

ZOLLWACHE

- 13** Grundlehrgang für Zollwachebeamte
- 15** Der „neue“ Schmuggel und seine Folgen

SICHERHEITSWACHE

- 18** Schließung von Polizeidienststellen
- 19** Bearbeitung der Allgemeinkriminalität durch die Sicherheitswache
- 21** Fahrräder für zwei Wachzimmer

KRIMINALDIENST

- 27** Weisungs-Zaubereien

JUSTIZWACHE

- 29** Justizanstalt im Dornröschenschlaf
- 30** Justizwache kontra Sonderdienste
- 31** Zivildienstler in Justizanstalten

GENDARMERIE

- 37** Reform des Disziplinarrechts
- 39** Ein epochaler Erfolg

FREIZEIT

- 40** Das Spiel mit Wind und Wellen

INHALTSVERZEICHNIS

- 6** Gewerkschaft neu: Utopie oder bald Wirklichkeit?



Der ÖGB vertritt seit Jahren nicht mehr die Anliegen der Arbeitnehmer, sondern lediglich die Eigeninteressen seiner Funktionäre. Die Idee einer eigenständigen Exekutivgewerkschaft beispielsweise wurde von den Gewerkschaftsfunktionären ausschließlich aus Angst vor dem Verlust ihrer Privilegien bis zum heutigen Tag erfolgreich verhindert. Jetzt ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, an dem der ÖGB Farbe bekennen muß: Entweder entwickelt er sich zu einer demokratischen Interessenvertretung – oder es gibt eine zweite Gewerkschaftsbewegung in Österreich.

- 33** Geiselnahme in der Grazer Karlau



Die Geiselnahme in der Strafanstalt Graz-Karlau sorgte vor einigen Wochen für Aufregung. Dank der Geistesgegenwart der eingesetzten Exekutivbeamten konnte sie unblutig beendet werden. Die Geschichte hat aber noch ein Nachspiel: Nun versucht man, die Schuld für die Ereignisse ausgerechnet bei jenen Exekutivbeamten zu finden, die im Zuge der Geiselnahme schwer verletzt wurden.

Mitglieder Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiechtlicher, zu 100 % vertreten durch den Bundesvorstand. Die AUF-Info (=Blaulicht) dient der Information der im öffentlichen Dienst stehenden Beschäftigten.

I M P R E S S U M

AUF-Info (=BLAULICHT) ist das offizielle Organ der Exekutivvereinigung „AUF“

Medieninhaber (Verleger):
Exekutiv Verlags GmbH
A-8054 Graz, Feldkirchner Straße 4
Telefon (0316) 28-71-51-0
Telefax (0316) 28-71-51-9

Geschäftsführender Gesellschafter:
Michael Brugsmaier
Produktionsleitung: Christoph Morré
Assistentin der Geschäftsführung:
Tamara Wurzer
Anzeigenleitung:
Dagmar King

Gestaltung:
Werbegraphik-Design Christoph Morré
A-8043 Graz, Johann-Paierl-Weg 7

Hersteller (Druck):
Druckerei Zimmermann
A-8200 Gleisdorf, Gartengasse 21

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich.

Für **Mitglieder und Exekutivbeamte kostenlos!**
Für zusätzliche Bestellungen **Abonnementpreis:**
4 Hefte 6S 160,- inkl. MwSt., Porto und Versandkosten.

Einzelheft 6S 45,- inklusive MwSt., Porto und Versandkosten. Für Interessenten im Ausland gilt der gleiche Preis. Porto- und Versandkosten müssen jedoch vom Bezieher bezahlt werden.

Herausgeber:
Exekutivvereinigung „AUF“
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger
und Freiechtlicher im öffentlichen Dienst

A-1010 Wien, Barthensteingasse 14/9

GENDARMERIE

Josef Wagenthaler



SICHERHEITSWACHE

Horst Binder



KRIPO

Helmut Kamehl



ZOLLWACHE

Ernest Windholz



JUSTIZWACHE

Friedrich Böhm



POLIZEI Informationsreise nach New York 12. - 17. April 1997



NEW YORK lebt, pulsiert und brodelt zu allen Jahreszeiten und jeder, der hier war, urteilt anders. Man muß sich wohl sein eigenes Urteil über New York bilden. Über die Stadt, die - so Frank Sinatra - „niemals schläft“. Natürlich ist ein Informationstag mit den Kollegen des New Yorker Police Departments eine bleibende Erinnerung!

1. Tag: FLUG AB LINZ NACH NEW YORK

Nach der Ankunft Erledigung der Zollformalitäten und Empfang durch den deutschsprachigen Vertreter unserer örtlichen Partneragentur. Transfer zum Hotel. Bezug der Zimmer und anschließend Stadtbummel mit Gelegenheit zur Auffahrt auf das Empire State Building, wo man von den Aussichtsplattformen im 86. und 102. Stockwerk einen überwältigenden Ausblick auf Manhattan genießen kann.

2. Tag: NEW YORK

Stadtrundfahrt mit Besichtigung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten. Die Auswahl an Sehenswerten ist groß in der Stadt, die - so Frank Sinatra - „niemals schläft“. Vom Hafen bis zum Central Park, von den Wolkenkratzern der New Yorker Skyline bis zum Broadway hat das Auge viel zu tun. Auch Neuankömmlinge finden sich dank der rechtwinkligen Anlage des Straßennetzes in New York auf Anhieb zurecht. Die Tour dauert ca. 5 Stunden und endet beim Hotel. Rest des Tages zur freien Verfügung. Möglichkeiten zur Besichtigung der Freiheitsstatue (Fahrt mit der Fähre nach Liberty Island), zum Einkaufen in der Fifth Avenue oder für einen Bummel am Broadway.

3. Tag: NEW YORK - CITY POLICE DEPARTMENT

Besichtigung diverser Einrichtungen des New York City Police Departments, wie z. B. die Police Academy, Einsatzzentrale, Police Station, Communication Center etc.

4. Tag: NEW YORK

Der Tag steht zur freien Verfügung. Nutzen Sie die Zeit zu einem Helikopter-Rundflug, um sich eine Vorstellung von Größe, Umfang und Lebenskraft des „Big Apple“ machen zu können, oder zur Teilnahme an einer Schifffahrt mit der berühmten Cirole Line, wobei Sie die faszinierende Skyline von Manhattan bewundern können.

5. Tag: NEW YORK - RÜCKFLUG

Vormittag zur freien Verfügung. Nachmittags Bustransfer zum Flughafen und Rückflug nach Linz.

6. Tag: ANKUNFT IN LINZ

Preis: öS 10.990,- pro Person

Leistungen:

- Linienflug Linz - New York - Linz mit Lufthansa
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- 4 Nächtigungen (ohne Frühstück) in einem Hotel im Zentrum von Manhattan (Zimmer mit Dusche/WC)
- Besichtigungen lt. Programm mit deutschsprachigem Reiseleiter
- Österreichische Reisebegleitung

Exklusiv: Taxen ca. öS 500,-

Einzelzimmerzuschlag: öS 2.650,-

Veranstalter: Sab Tours, Gruppenabteilung, 4600 Wels

Tarifstand: November 1996. Preis-, Programm- und Terminänderungen vorbehalten.

Es gelten die allgemeinen Reisebedingungen neuester Fassung!

Auskünfte und Buchungen NUR BEI:

Reisebüro Sab Tours, Gruppenabteilung

4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 3

Tel.: (07242) 635-35, Fax: (07242) 51 1 58

DIVERSES

Wie lang noch Einem?

Vorwort des Chefredakteurs

Bereits bei der Bestellung von Caspar Einem als Innenminister hat die AUF negative Auswirkungen auf die gesamte Exekutive befürchtet. Dies war auch der Grund, weshalb die AUF gegen diesen Innenminister mobil gemacht hat - wobei es allerdings nie um die Person Caspar Einems, sondern lediglich um seine Funktion als Innenminister ging. Eine Funktion, für die, wie wir glauben, Caspar Einem eine krasse Fehlbesetzung ist.

Die AUF-Anträge im Fach- und Zentralaus-schuß wurden zwar von den schwarzen Personalvertretern unterstützt, die roten Personalvertreter jedoch stellten sich hinter Einem. Ob sie damit der Kollegenschaft genützt haben, möge ein jeder selbst beurteilen. Aber auch seitens der Kollegen mußte die AUF viel Kritik einstecken. Denn vielen von ihnen war der Minister egal; sie waren der Ansicht, daß Minister ohnehin kommen und gehen. Viele haben aber damit Caspar Einem unterschätzt. Denn die anfänglichen Befürchtungen der AUF haben sich bestätigt. Das Klima im Innenressort war noch nie so schlecht, vielerorts macht sich bereits Resignation bemerkbar.

Was die Zukunft bringen wird, weiß niemand, das Vertrauen in die Führung gibt es nicht mehr. Auch der Umgang mit der Personalvertretung ist weitaus schlechter geworden als zuvor: „Regierungstreue“ Personalvertreter stimmen still und heimlich den für die Exekutive negativen Vor-

haben des Innenministers zu. Lediglich die AUF kämpft noch gegen Verschlechterungen für die Beamten - übrigens recht erfolgreich: Denn ohne die Arbeit der AUF wären bereits viele Wachzimmer geschlossen, und die finanzielle Situation in der Exekutive wäre noch trister, als sie es ohnehin schon ist.

„Wie lang noch Einem?“ lautet daher die zentrale Frage. Wie lang kann es sich dieses Land noch leisten, daß ein linksintellektueller Vordenker die Exekutive verunsichert, aushöhlt und demotiviert und langsam, aber sicher das durchsetzt, von dem Justizminister Christian Broda einst nur träumen konnte: die gefängnislose Gesellschaft?

Freilich ist das „Problem Einem“ weniger ein personales denn ein politisches. Daß Einem versucht, seine Vorstellungen durchzusetzen, kann man ihm kaum verwehren - schließlich ist es seine Pflicht, sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben. Caspar Einem selbst ist unschuldig. Schuldig sind allerdings jene, die ihm als Innenminister zulassen, so die SPÖ, die ihn eingesetzt hat, die ÖVP, die als Regierungspartner nichts gegen ihn unternimmt, und die FSG, die ihn als Personalvertreterfraktion unterstützt. Einem als Innenminister bringt der AUF und auch der FPÖ viele Stimmen. Aber wie wenig zählen diese Stimmen gegen den Schaden, den das Land und damit auch die Bevölkerung erleidet!

Josef Kleindienst



Das Klima im Innenressort war noch nie so schlecht, vielerorts macht sich bereits Resignation bemerkbar

**BLAULICHT erscheint wieder
Ende März 1997**



Jederzeit zur Stelle
kurz notiert

Beiträge erwünscht

Wer darf Blaulicht-Artikel schreiben?

Grundsätzlich jeder. Alle Beiträge werden von der Blaulicht-Redaktion gesichtet und je nach Platz und Thema in den kommenden Ausgaben abgedruckt. Für Zusendungen sind wir sehr dankbar.

Kostenlose Rechtsberatung

Die AUF bietet für alle Kolleginnen und Kollegen eine kostenlose Rechtsberatung an. Dies gilt auch für private Probleme. Rufen Sie uns zwecks Terminvereinbarung an.

Telefon (0222) 406 75 15.

AUF
INFO-LINE
Tel. 0222 / 408 07 48

Aktuelle Nachrichten für Exekutivbeamte - rund um die Uhr.

fahrt schlauer -
mit Aschauer

AUTOHAUS
Sepp Aschauer
KFZ-FACHBETRIEB

4701 Bad Schallerbach
Grieskirchnerstr. 79
Tel.: 07249/48 6 12
Fax: 07249/48 3 15

GEO haus

• GEOLOGISCH - ECONOMYSCH - ÖKOLOGISCH •

Roitingen Ges.m.b.H.
4675 Weibern, Dirisamerstraße 26
Tel. und Fax 0 77 32 / 43 85



Otto Fasching
HAFNERMEISTER
Ges.m.b.H. & Co. KG

4910 Ried i. l.
Stelzhamerpl. 9, ☎ 07752-83441
Schillerstraße 28, ☎ 82839

Einbruch STOP

Best-KUNDEN
sich lächeln können



- Schließanlagen
- Aufsperrdienst
- Sicherheitstürbeschläge
- Zusatzschlösser VS
- Montage durch Fachpersonal

KEINE CHANCE FÜR DIEBE
DENN... (bitte wenden)



A-4910 RIED IM INNKEIS
FRIEDR.-THURNER-STR. 16
TELEFON-NR. 07752/80388
TELEFAX-NR. 07752/DW 16

Welser Messe
Welser Messe International GmbH
A-4601 Wels, Messengelände
Telefon (0 72 42) 6 22 22-0
Telefax (0 72 42) 66 8 40-74

Messe- und Veranstaltungstermine 1997

3.-6.4.1997	ACTIVA 1997 Welser Erlebnis- und Freizeitmesse
3.-6.4.1997	DOMIZIL Fachmesse für Immobilien
13.-17.9.1997	Fachmessen ÖBA & ÖKONDA Wels und Fachmesse ÖFFA
11.-14.9.1997	7. Welser Oktoberfest
13.-16.11.1997	PARACELTUS-Messe Wels, Gesundheitsmesse

IMMOBILIEN LAUF

A-4910 RIED I. l. · WOHLMAYRGASSE 2
TEL. 0 77 52 / 81 966 · TELEFAX 0 77 52 / 81 966-3



*Wir entsorgen,
für eine bessere Umwelt!*

**KFZ-, SCHROTT-, METALLHANDEL
HYDRAULIK - ZYLINDER - ZUBEHÖR**
Bestandteile - Ersatzteile - Zubehör

Filiale 4910 Ried i. l., Schnalla 1, Tel. 07752/87 157
Filiale 4910 Gonetsreith, Tel. 07752/81 009

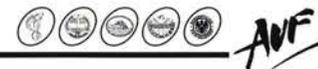
GROSSTANKSTELLE

Helmut Karba

4910 Ried im Innkreis
Schärdinger Straße, Tel. 07752/82560
**** neben Supermarkt HOFER ****

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

LESERBRIEFE



ROT-Malerei/Färberei

Zwiespältigkeit wird der AUF vorgeworfen, weil sie einerseits den Kollegen der Zollwache im „Blaulicht“ zum Abschluß eines eineinhalb Monate dauernden E1-Ergänzungslehrganges gratuliert hat, und andererseits wegen eines 4 Monate dauernden Ausbildungslehrganges (BGKdt-Gendarmerie) eine parlamentarische Anfrage durch die Abgeordnete Partik-Pablé startete.

Die FSG werde aber keine Zustimmung geben, wenn diese bei der Zollwache ausgebildeten Kollegen zur Gendarmerie übertreten wollen.

Anmerkung der Redaktion:

Wie so oft, vermischen die FSGler „Kraut und Rüben“. Gratuliert hat die „AUF-Zollwache“ ihren Kollegen, und zwar vor allem deswegen, weil damit diesen ein Übertritt in den B-Dienst ermöglicht werde. Es soll sich dabei um eine Sozialaktion im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Zollwache handeln. Gegen diese Kurzausbildung sei die FSG ebensowenig aufgetreten, wie sie angeblich den betroffenen Kollegen der Zollwache nicht gesagt habe, daß die FSG gegen ei-

LESER BRIEFE



nen Wechsel zur Gendarmerie sei. Im übrigen sollte sich die FSG darauf besinnen, daß diese Kurzausbildung die Zustimmung/Veranlassung eines SPÖ-Ministers voraussetzt.

Polizei im Wahlkampf

Kaum sind die Wahlen vorbei, sieht man, was die SPÖ mit der Sicherheit wirklich vorhat. Gibt es Sicherheit mit weniger Personal, zugesperrten Wachzimmern und schlecht entlohnten Polizisten? Ich weiß schon lange, was von den SP-VP-Sprücheklopfern zu halten ist. Hoffentlich kommen immer mehr drauf.

Hans Wimmer, BPD-Wien

Exekutivgewerkschaft

Wie Sie bei „Kottan in Gold“ richtig schreiben, kassieren die Herren Gewerkschafter auf mehreren Fronten, anstatt an mehreren Fronten für uns zu arbeiten. Herr Neugebauer ist da sicher kein Einzelfall. Diese Gewerkschaft hat ihre Berechtigung längst verloren.

J. Fuchs, Gendarmerie

Prostitution im Wandel der Zeit

Ich gratuliere recht herzlich zu diesem gelungenen Artikel. Die Stellungnahmen der Politiker lassen jedoch erkennen, daß die meisten wenig bis keine Ahnung von der täglichen Realität haben. Wie sollen sie auch. Müssen doch die armen Politiker viele Ämter zugleich ausüben. Da kann man ja von nichts mehr wirklich viel wissen. Der Blaulicht-Redaktion wünsche ich viel Glück, nur weiter so.

Name der Redaktion bekannt



-SOZIALTOPF

In mehreren Fällen konnte der AUF-Sozialtopf bereits KollegInnen, die unverschuldet in Not geraten waren, finanzielle Hilfe geben.

Die Gelder, die zur Verfügung gestellt werden, kommen aus der Inseratenwerbung. Die über Druck- und Redaktionskosten hinausgehenden Gewinne aus dem Inseratenverkauf werden einem Sozialtopf zugeführt.

Ziel unseres Sozialtopfes ist es, unverschuldet in Not geratenen KollegInnen rasch finanziell helfen zu können.

Ein herzliches Dankeschön gilt unseren geschätzten Inserenten, die durch ihre Werbeeinschaltungen diese Unterstützungen für unsere KollegInnen ermöglichen!



Gewerkschaft neu: Utopie oder bald Wirklichkeit?

Obwohl eine eigene Exekutivgewerkschaft bereits jahrelang von der AUF gefordert wird, stellen sich die Funktionäre von FSG und FCG bei diesem Thema taub. Die Entwicklung der letzten Jahre jedoch gibt der AUF recht: FP-Bundesobmann Jörg Haider will nun die Gründung einer neuen Gewerkschaft in die Wege leiten, die besser als der ÖGB die Interessen der Arbeitnehmer vertreten soll. Zuvor allerdings sollen Gespräche mit dem ÖGB über eine Umstrukturierung der Gewerkschaft im Sinne der Arbeitnehmer geführt werden.

Seit 1991 konnte die AUF im Exekutivbereich bereits viel erreichen. Dienststellenanierungen werden vorangetrieben, Arbeitsbedingungen verbessert, parteipolitisch gefärbte Postenschachereien konnten zumindest eingedämmt werden. Alles Angelegenheiten, die innerhalb der Personalvertretung oder unter Mithilfe der Medien durchgesetzt werden konnten. Für alles, was über die Personalvertretung hinausgeht, ist jedoch die Gewerkschaft zuständig – obwohl dies nirgends festgeschrieben ist.

All jene Forderungen für den Exekutivbereich, die von der Gewerkschaft hätten vorangetrieben werden sollen, wurden jedoch schubladisiert. Womit der ÖGB einmal mehr bewiesen hat, daß er an den berechtigten Anliegen der Exekutive wenig bis gar kein Interesse hat.

Vielen ist noch die Demonstration österreichischer Exekutivbeamter im Herbst 1991 in Erinnerung: Damals hatten Exekutivbeamte eine Exekutivdienstzulage in der Höhe von 5.000 Schilling verlangt. Bei der damaligen Schlußkundgebung

am Ballhausplatz hatte der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), Siegfried Dohr, sinngemäß erklärt, daß es für die einzelnen Berufsgruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes (also für die Exekutive) keine Extrawürste geben dürfe – womit die Forderung der betroffenen Beamten auch schon wieder vom Tisch war. Tatsache ist, daß der Exekutivbereich im öffentlichen Dienst in bezug auf die Gesamtwählerstimmen eine vernachlässigbare Größe darstellt. So wird die Exekutive seitens der GÖD auch behandelt.

Kein Interesse für die Exekutive?

In den letzten Jahren versuchte die AUF mehrmals, dieses starre System zu durchbrechen. So wurde am 10. Juni 1992 in den zuständigen Zentralkomitees von der AUF der Antrag gestellt, den Innenminister zu ersuchen, eine 100prozentige Gefahrenzulage für Beamte des Außendienstes durchzusetzen. FSG und FCG lehnten den Antrag ab. Begründung: Dieses Thema sei bereits Gegenstand von Verhandlungen der Gewerkschaft. Bis zum heutigen Tag allerdings war diese Forderung nicht einmal Tagesordnungspunkt einer Verhandlung im Bundeskanzler-

GÖD-Vorsitzender Siegfried Dohr war gegenüber der „Blau-licht-Redaktion“ zu keiner Stellungnahme bereit.



amt, eine Realisierung ist nicht in Sicht. Am 5. März 1992 stellte die AUF den Antrag, die Problematik der Fahrtkostenzuschüsse neu zu regeln. Der Antrag wurde von FSG und FCG der Gewerkschaft zur weiteren Bearbeitung zugewiesen. Ähnlich erging es einem Urgantrag der AUF vom 16. März 1995 oder einem Antrag der AUF vom 8. September 1992 auf Einführung einer Bildschirmzulage: Immer wieder werden derartige Verlangen von FSG und FCG in der GÖD-Lade schubladisiert.

„Zu Ostern wird eine neue Gewerkschaftsbewegung gegründet, sollte seitens des ÖGB bei den kommenden Verhandlungen Präpotenz und Überheblichkeit die Oberhand gewinnen“
FPÖ-Generalsekretär Peter Westenthaler



„Ich bin der Ansicht, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer offen ist, egal um welche politische Richtung es geht. Der ÖGB hat die Interessen der arbeitenden Menschen stets mit Einsatz vertreten, und ich sehe daher keinerlei Notwendigkeit zur Gründung einer neuen Gewerkschaft.“

Beamten-Staatssekretär
Karl Schlögl



Aufbruchsstimmung der Delegierten zum Freiheitlichen Arbeitnehmerkongreß im überfüllten Tagungssaal

Auf den eigenen Vorteil bedacht

Der eigentliche Sinn einer Gewerkschaftsbewegung besteht darin, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten –

beim ÖGB scheint dies aber schon lang nicht mehr der Fall zu sein. Im Gegenteil: Die Gewerkschaft stellt sich heute als bloßes „Anhängsel“ der Bundesregierung dar. Besonders deutlich war dies im Zuge der letzten Sparpakete zu erkennen,

Die Forderungen der Freiheitlichen für eine Mitarbeit im ÖGB

- 1.) **Demokratische Struktur:**
 - Urwahlen
 - Gleiche Rechte wie bereits anerkannte Fraktionen
 - Demokratische Wahlen bei der Post nach dem BR-Gesetz
 - Zugang zu Schulungen für alle Betriebsräte und Personalvertreter
 - Gleicher Zugang zur Sozialakademie des ÖGB
 - Keine Mitgliedsfristen für ÖGB-Funktionäre
- 2.) **Gehaltsverhandlungen**
 - Gehaltsverhandlungen unter Einbeziehung der freiheitlichen Fraktion
- 3.) **Unvereinbarkeit von Funktionen**
 - Abschaffung des „Bonzentums“
 - Abschaffung der Doppelbezüge
- 4.) **Schaffung einer eigenen Exekutivgewerkschaft**
- 5.) **Arbeitnehmerbegriff**
 - Arbeitnehmerpolitik statt Parteipolitik
 - Tatsächliche Vertretung der Arbeitnehmer
 - Berufsvertretung
 - Neudefinition der Sozialpartnerschaft
 - Gewerkschaft neu
 - Einheitlicher Arbeitnehmerbegriff
 - Gleichbehandlung von Mann und Frau
- 6.) **Detaillierte Offenlegung**
 - Prüfung der Finanzen durch einen unabhängigen Kontrollausschuß („gläserne Gewerkschaft“)
- 7.) **Umsetzung der ÖGB-Beschlüsse vom ÖGB-Kongreß 1995**

„Die Freiheitlichen haben einen eigenen Vertreter im ÖGB-Bundesvorstand, der dort seine Vorstellungen einbringen kann. Meist herrscht dort aber Schweigen im Walde.“ ÖGB-Obmann Fritz Verzetnitsch



die besonders die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen hart treffen – und den Exekutivbeamten einen Reallohnverlust von 10 Prozent in drei Jahren beschern.

Währenddessen geht es Funktionären der Gewerkschaft prächtig: Billige Penthäuser für den Gewerkschaftspräsidenten, arbeitslose Einkommen etwa für ÖGB-Vizepräsident Neugebauer oder GÖD-Vorsitzenden Dohr sowie Dienstwagen für rund 50 Millionen Schilling machen das Leben eines Gewerkschaftsfunktionärs ab der mittleren Führungsebene lebenswert.

GÖD-Jahresbudget: 500 Millionen Schilling

Alein die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst kann jährlich Einnahmen in der Größenordnung von einer halben Milliarde Schilling verbuchen. Der Verbleib

„Gibt der ÖGB seine Ostblockmentalität nicht auf, hat er in uns eine Konkurrenz“
AUF-Vorsitzender Michael Kreißl



DIE GEWERBEREGION OÖ PRÄSENTIERT SICH:

IBO® INDUSTRIEBÖDEN GES.M.B.H.

Kunstharz – Estriche – Beläge – säurefeste Beschichtungen

A-4974 Ort im Innkreis, Austria • Telefax 07751/7320
Telefon 07751/6142

F. FISCHERLEITNER INDUSTRIEMONTAGEN

Personalbereitstellung für
FACHARBEITER ALLER SPARTEN

A-4910 Ried · Gonetsreith 11
Tel. 07752/87488 · Fax 07752/87478



FÜSSELBERGER, HASLINGER
FISCHLEREI

Schallerbacherstr. 100, A-4702 Wallern a. Tr.,
Tel. & Fax: 07249/43830

Car Mobil

„Die intelligente Art, Autos zu fahren“

Das **Langzeitmietsystem** von Autos enthält,
2500–6000 km monatliche Fahrleistung,
Vollkasko mit 5% Selbstbehalt (max. ATS 5.000,00),
Haftpflichtversicherung, KFZ-Steuer, Sommer- bzw.
Winterreifen und Service.

GGV-Handel- u. Dienstleistungs GmbH
Bahnhofstr. 67, A-4910 Ried i. L.
TEL. & FAX 0 77 52 / 82720

FARBRING

Braunauer Tor 1, 4910 Ried i. L.
Tel. 0 77 52 / 830 78

Filialen in: Schörding, Braunau und Linz

So bunt treibt's keiner!

Denn wir haben die größte Auswahl weit und breit
z.B. über 2000 Farben, Lacke und Anstriche.

Farben
Reiter



Johann Dobetsberger
Geschäftsführer

Hochstraß 16
4723 Natternbach
Tel.: 0 72 78 / 85 18
Mobil: 0663 / 0 78 2 44

Fenster Türen Rollläden Markisen Jalousien Parkettböden
Garagentore Torantriebe Haustüren Innentüren

Beratung - Verkauf - Montage - Service

fenster & türen
fenestra

Handels-GmbH

• FENSTER • HAUSTÜREN • INNENTÜREN
• SONNENSCHUTZ • PARKETT

AB SOFORT AUCH INSEKTENSCHUTZGITTER ERHÄLTICH

Vertriebspartner mit
dem 3. Jahresservice

OPTIMA
FENSTER-TÜREN-SONNENSCHUTZ
HAIDESTRASSE 30, 4600 WELS
TEL: 07242/55355
FAX: 07242/55355-5

Besuchen Sie unseren exquisiten Shauraum!



**GAS
WASSER
HEIZUNG
LÜFTUNG**

4910 RIED IM INNKREIS
Johannesgasse 11a
Telefon 0 77 52/8 27 34
Telefax 0 77 52/8 27 34-14

AKTUELLES



des Geldes ist jedoch ungeklärt: Wieviel die Mitarbeiter der GÖD verdienen, welche Funktionäre Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und ähnliches erhalten und dazu vielleicht noch über das Privileg eines Dienstwagens verfügen, wird nicht bekanntgegeben. So ist die Ausgrenzung der AUF aus der Sicht der Gewerkschaftsfunktionäre verständlich: Denn säße die AUF in allen Gremien, hätte sie auch Einblick in die Bilanzen. Ein Skandal und auch ein „Körperrollen“ unter alleingesehnen Funktionären wäre die Folge.

Gewerkschaft neu

Auf Drängen der AUF und der innerhalb der FPÖ für den nichtöffentlichen Bereich zuständigen Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) erklärte sich FP-Bundesobmann Jörg Haider schließlich bereit, die Gründung einer neuen Gewerkschaftsbewegung entsprechend zu unterstützen. Haider will nur vor einem derarti-

gen Schritt nochmals das Gespräch mit dem ÖGB suchen und so versuchen, die Idee einer „Gewerkschaft neu“ durch die völlige Umstrukturierung des ÖGB durchzusetzen.

Die Vorbereitungsarbeiten für eine neue, moderne und auf demokratischer Basis aufgebauten unabhängigen Gewerkschaftsbewegung laufen jedenfalls auf Hochtouren und sind de facto abgeschlossen. Anlässlich eines gemeinsamen Arbeitnehmerkongresses von AUF und FA, am 1. Dezember im überfüllten Festsaal des Hotel Wimberger taten die Delegierten ihren Unmut über den ÖGB kund und es wurde die weitere Vorgangsweise besprochen.

Ein fünfköpfiges Verhandlungsteam wird seitens der AUF und der FA eingesetzt. Dieses Team besteht aus Michael Kreißl (AUF-Vorsitzender), Reinhart Gaugg (FA-Vorsitzender), Max Walch (FA), Rüdiger Stix (AUF) sowie Peter Goldgruber (AUF).

Dieses Verhandlungsteam wird mit dem ÖGB Kontakt aufnehmen und den For-

derungskatalog von AUF und FA präsentieren. Sollten die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, wird das Verhandlungsteam ermächtigt, die Gründung einer neuen Gewerkschaftsbewegung einzuleiten.

Entscheidung liegt beim ÖGB

Die Arbeitnehmer in Österreich haben das Recht auf eine ernstzunehmende Interessenvertretung. Die Entscheidung liegt jetzt beim ÖGB: Entweder besinnt er sich seiner eigentlichen Aufgabe – oder die FPÖ gründet eine neue Gewerkschaftsbewegung. Die derzeitige Vorgangsweise des ÖGB ist kaum im Sinne des Gewerkschaftsgedankens: So wettete man innerhalb der Gewerkschaft etwa gegen das Sparpaket, die ÖGB-Angehörigen im Parlament erteilten dem Sparpaket in der Abstimmung jedoch ihre Zustimmung.

Red.

Am 1. Dezember 1996 beschlossene Grundsatzstatuten im Falle einer Gewerkschaftsgründung

§ 1

Die neue Gewerkschaft Österreichs ist eine überparteiliche, nach demokratischen Grundsätzen organisierte Vereinigung aller in einem privaten oder öffentlichen Arbeits- oder Dienstverhältnis stehenden Dienstnehmer. Sie umfasst daher alle Arbeiter, Angestellten, öffentlich Bediensteten und alle in einem Lehr- oder Ausbildungsverhältnis stehenden Dienstnehmer. Die Mitgliedschaft wird durch freiwilligen Beitritt zur Berufsvereinigung erworben.

§ 2

Die neue Gewerkschaft hat ihren Sitz in Wien. Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Republik Österreich. Darüber hinaus können die Interessen der Dienstnehmer auch vor den Organen der Europäischen Union vertreten werden.

§ 3

Die neue Gewerkschaft vertritt die beruflichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des in Abs. 1 genannten Personenkreises. Sie hat dabei als Ziel die Hebung des Lebensstandards der Dienstnehmer und die Herbeiführung der bestmöglichen Arbeitsbedingungen anzustreben.

§ 4

Der neuen Gewerkschaft obliegt die Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen, die geeignet sind die im § 3 genannten Interessen zu vertreten.

§ 5

Innerhalb der neuen Gewerkschaft sind nach Erfordernis für die einzelnen Berufsgruppen Untergliederungen zu schaffen. Die neue Gewerkschaft und ihre Untergliederungen werden durch einen Vorstand vertreten.

§ 6

Zur Behandlung gleichartiger Anliegen können für verschiedene Berufsgruppen gebildete Untergliederungen zur Arbeitsgemeinschaften zusammengefasst werden.

§ 7

Die Vorsitzenden und Vorstände sind auf Grund gleicher, geheimer, persönlicher und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl von den Mitgliedern zu bestimmen.

§ 8

Die Mitgliedschaft wird durch freiwillige Beitrittserklärung und Aufnahme, durch das zur Vertretung der jeweiligen Untergliederung bestimmte Organ, erworben. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder mit dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben als Dienstnehmer. Über die Beendigung entscheidet das zur Aufnahme befugte Organ.

§ 9

Alle Mitglieder sind berechtigt nach Maßgabe der

vorhandenen Möglichkeiten die Einrichtungen und Leistungen der neuen Gewerkschaft in Anspruch zu nehmen. Sie sind verpflichtet die Arbeit der neuen Gewerkschaft zu unterstützen und alles zu unterlassen, was dem Ansehen der Vereinigung Schaden zufügen kann.

§ 10

Die Mittel zur Erfüllung der Aufgaben werden durch Beiträge der Mitglieder, Spenden und sonstige Einkünfte aufgebracht. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages ist nach Maßgabe des zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Bedarfes festzusetzen. Über die Verwendung der Mittel ist jährlich ein detaillierter Bericht vorzulegen und allen Mitgliedern zugänglich zu machen. Zur Prüfung der wirtschaftlichen, zweckmäßigen und sparsamen Verwaltungsführung ist ein Kontrollausschuss einzurichten.

§ 11

Über Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft entscheidet ein Schiedsgericht.

§ 12

Die Auflösung der Vereinigung kann nur durch eine mit Zweidrittelmehrheit erfolgende Abstimmung durch die Mitglieder erfolgen. In dieser Abstimmung ist auch über die Verwendung des Vereinsvermögens zu entscheiden.



Die beste Adresse für Ihren Opel

Opel Günther Wels

4600 Wels, Linzer Straße 179
Telefon (07242) 44 5 86-0



AMMERING • LEDERWAREN
HAUPTPLATZ 13-15 4910 RIED



Hier kocht die Chefin
...kommen Sie trotzdem!

Wirt am Markt
FAM. ZIEGLER
Gasthaus und Viehhandel
TAISKIRCHEN ☎ 0 77 64 / 402

Elektrotechnik Schlüsselbauer

Ing. Josef Schlüsselbauer
Lichtenegger Straße 96, 4600 Wels
Tel., Fax: 07242/60 8 75

Elektroinstallation, Energieberatung
Planung, Bauleitung
Gebäudeleittechnik



die GOLDSCHMIEDE Werkstätte
Dobler-Strehle
Juwelier
GOLDSCHMIEDEMEISTER

4910 Ried - Gebhardtgasse 5
Tel. 0 77 52 / 82 0 25 - Fax 81 5 44

Zinn, Pokale,
Gravuren prompt

Markenuhren in allen
Preislagen

Juwelen, Schmuck,
Uhren



ELMAG GmbH
Hannesgrub 28
4910 Ried i. L.
07752/80881

**DRUCKLUFTTECHNIK - SCHWEISSTECHNIK -
WERKZEUGMASCHINEN - EXPRESS-SERVICE**

...erhältlich im guten Fachhandel!



MONTAGE GMBH.
ROHRLEITUNGSBAU

A-4600 Wels, Lichteneggerstr. 101
Tel.: 07242/70116-0 Fax: DW 4



**Gärtnerei
Dopetsberger**

Gartencenter Dopetsberger
4600 Wels, Oberhartstraße 9, Tel. (07242) 420 54, Fax 550 69

Friedhofsgärtnerei der Stadt Wels
Pächter: Hermann Dopetsberger, 4600 Wels, Friedhofstraße 63,
Telefon (07242) 412 08

Blumenkiosk, Friedhof-Westeingang, Telefon (07242) 467 85
Kränze-Buketts-Grabgestaltung-Stauden-Sträucher-Balkon- u. Beetpflanzen

ZOLLWACHE



Grundlehrgang für Zollwachebeamte

In der letzten Ausgabe von „Blaulicht“ wurde eine parlamentarische Anfrage des FP-Abgeordneten Hermann Böhacker an Finanzminister Viktor Klima zum Thema „Zulassungsbedingungen zum 74. Grundlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte“ veröffentlicht. Die Beantwortung dieser Anfrage liegt nun vor.

Frage: Ist es richtig, daß insgesamt sechs Beamte aus dem Bereich der Zollämter Berg und Nickelsdorf sowie der Abteilung für Strafsachen, mit der Begründung, daß sie für die Dauer der Lehrgangsteilnahme an ihrem Dienstort unabkömmlich sind, nicht berücksichtigt wurden?

Wenn nein: Welche Gründe waren dann für die Nichtzulassung ausschlaggebend?

Wenn ja: Wieso konnten dennoch vom Zollamt Berg vier von fünf Bewerbern, beim Zollamt Nickelsdorf drei von sechs Bewerbern, im Bereich der Abteilung Strafsachen zwei von vier Bewerbern zum Fachlehrgang zugelassen werden?

Antwort: Von den angesprochenen Dienststellen beim Hauptzollamt Wien sowie der Zollämter Berg und Nickelsdorf wurden aufgrund der im Auswahlverfahren erreichten Punktezahlen insgesamt neun Bedienstete zum 74. Grundlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte zugelassen. Eine Entsendung von weiteren sechs Bewerbern war unter Berücksichtigung der im Zuge der Einrichtung des Grenzdienstes der Bundesgendarmerie bei den Zollämtern entstandenen angespannten Personalsituation nicht vertretbar, weshalb anhand objektiver Kriterien auch zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes eine Auswahl zu treffen war. Der gänzliche Ausschluß bestimmter Dienststellen vom Auswahlverfahren wäre eine diskriminierende, von der Dienstbehörde ebenfalls nicht zu vertretende Maßnahme gewesen.

Frage: Wie hoch ist der finanzielle jährliche Verlust eines nicht zugelassenen Bewerbers im Vergleich zu einem Absolventen der Dienstprüfung für dienstführende Zollwachebeamte unter der Annahme einer besoldungsrechtlichen Stellung E2b6 Funktionsgruppe F3?

Antwort: Der aus einer bereits vor der Absolvierung der entsprechenden Dienstprüfung erfolgten Betrauung mit einem Arbeitsplatz der Einstufung E2a/F3 (Gehaltsstufe 6) im Vergleich zur besoldungsmäßigen Stellung in E2b/Gehaltsstufe 6 resultierende Unterschiedsbetrag beläuft sich auf jährlich 13.482 Schilling.



Frage: Ist es richtig, daß bei den Dienststellen Berg und Nickelsdorf die Wählergruppe AUF den Vorsitzenden der Personalvertretung bzw. in der Abteilung Strafsachen den Vorsitzenden-Stellvertreter stellt?

Ist es richtig, daß zwei der nicht zum Grundlehrgang zugelassenen Bewerber AUF-Personalvertreter sind?

Ist auszuschließen, daß bei den eben erwähnten nicht zugelassenen Bewerbern andere als dienstliche Gründe für die Nichtzulassung ausschlaggebend waren?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Der in dieser Frage dargelegte Sachverhalt ist zutreffend. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung oder



**Unter
uns
gesagt**

Veränderungen im großen Stil?

Bekanntlich ist nach dem Beitritt Österreichs zur EU und dem damit verbundenen Beitritt zum Schengener Abkommen nun die Möglichkeit gegeben, daß Zollwachebeamte zur Grenzgendarmarie wechseln können. Aus Salzburg, Oberösterreich und Tirol sollen 420 Beamte aus dem derzeitigen Zollwachezustand ins Innenministerium transferiert werden.

Bei drei Informationsveranstaltungen in Linz, Salzburg und Innsbruck wurde allerdings klar, wie „freiwillig“ diese personellen Veränderungen vor sich gehen sollen: Die Behördenvertreter des Innen- und des Finanzministeriums kündigten an, daß, bei nicht ausreichend freiwilligen Meldungen, Zollwachebeamte aus dem Westen in den Osten Österreichs versetzt werden sollten - was für die betreffenden Beamten unter Umständen die Trennung von ihrer Familie bedeuten würde. Gleichzeitig ist aber auch nicht gesichert, ob die Beamten beim Übertritt ins Innenministerium in ihren Heimatbundesländern verbleiben können.

Damit sieht man einmal mehr, welch geringen Stellenwert die Exekutive bei SPÖ-Innenminister Einem einnimmt: Während er sich auf der einen Seite für die Familienzusammenführung von Ausländern ausspricht, kommt es auf der anderen Seite im Bereich der Zollwache zur planmäßigen Familientrennung.

Während für die Pro-EU-Kampagne der Regierung Hunderte Millionen Schilling ausgegeben wurden, sind die Erfüllungsgelhen der rot-schwarzen Regierung anscheinend nicht in der Lage, für wenige 100 Zollwachebeamte, die nun zu EU-Opfern werden sollen, sozial verträgliche Lösungen zu erwirken.

Ernest Windholz

SAME Setzen Sie auf das Original

Kraft durch Intelligenz.



MAT-Import GmbH.

A-4064 Oftring, Hausleiten 45, Tel. 07221 / 64930-0

BREITWIESER
Installations - Wassertechnik
Entkalkung - Dosiertechnik - Filtertechnik
- Wasser - Heizung

Solar - Wärmepumpentechnik - Alternative Energie
Exclusive Bäder Reparaturdienst
Planung - Beratung - Ausführung
Klenzstraße 13 Billrothstr. 14
4600 Wels 4623 Günskirchen
Tel. 07242/67945 Tel. 07246/7023

INNVIERTLERLANDE

JOHANN PORINGER
Gesellschaft m.b.H. & Co. KG.

- Frischeier ● Geflügel
- Tiefkühlprodukte
- Eierfärberei und -bedruckung
- Verpackungsmaterial für Eier

A-4910 Ried i.l. • Tumeltsham 27
Telefon 07752/82 1 98-0 • Fax 07752/82198-18

Gasthof Tröls
»Zur goldenen Sense«

Eisengasse 16
4240 Freistadt
Telefon (07942) 22 97

Atelier 2

Ges.m.b.H.

Fotografie für Werbung u. Industrie

A-4600 Wels, Reitschulgasse 8
Telefon 07242/67 7 82

alufix SCHNELLBAUSCHALUNG
Die Nr. 1 im Kellerbau

WIMBERGER
BAUSTOFFE

Top-Beratung - speziell für Sie

thermofix
FUSS- und DACHBODENDÄMMUNG
Die rasche Einbaumöglichkeit spricht für sich.

WIMBERGER
PROJEKTBAU

Sämtliche Bauten von klein bis groß
errichten wir gerne für Sie.

alufix
WIMBERGER
BAU



Walchshof 51 4291 Lasberg Tel. 07942/743660
Liebenau 96 4252 Liebenau Tel. 07953/219
Hafenstraße 26 4020 Linz Tel. 0732/787828

Charter Flüge Yachten

ECKER
YACHTING

A-4910 Ried i.l.
Riedauerstraße 54
Telefon: 07752/87 9 74-0
Telefax: 07752/87 5 67

Prospekt anfordern!

ZOLLWACHE



die Wahrnehmung einer Personalvertreterfunktion kein Kriterium für die Zulassung oder Nichtzulassung zu einem Lehrgang darstellt.

Frage: Ist daran gedacht, den nicht zugelassenen Bewerbern - aufgrund ihrer Qualifikation - im nächsten Lehrgang einen Kursplatz von Amts wegen zuzuweisen?

Antwort: Jenen Beamten, die für den 74. Grundlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte nicht berücksichtigt werden konnten, wird beim nächsten Lehrgang die Möglichkeit eingeräumt, sich entweder mit der im Auswahlverfahren erreichten Punktezahl ohne weitere Aufnahmeprüfung zu bewerben, oder neuerlich am ordentlichen Auswahlverfahren teilzunehmen.

Frage: Aufgrund welcher Vorschrift ist es notwendig, sich bereits bei der Bewerbung um die Teilnahme am Grundlehrgang auch um einen freien bewerteten Arbeitsplatz zu bewerben?

Antwort: Das Kriterium der Bewerbung um einen freien Arbeitsplatz stellt eine interne Maßnahme dar, die verhindern soll, daß nach der positiven Absolvierung des Lehrganges der angestrebte Arbeitsplatz nur durch eine weiträumige Versetzung zu einer anderen Dienststelle erreicht werden kann.

Frage: Trifft es zu, daß im Auswahlverfahren für den gegenständlichen Lehrgang die Mitwirkungsrechte der Personalvertretung gemäß Paragraph 9 Abs. 1 lit. d. PVG anzuwenden sind?

Antwort: Der Personalvertretung kommen im Zuge des Auswahlverfahrens bestimmte Mitwirkungsrechte gemäß Paragraph 9 Bundes-Personalvertretungsgesetz zu. Diesen Rechten wurde bei der mündlichen Anhörung der Bewerber durch die Einbindung des jeweiligen Fachausschusses sowie bei der Reihung der Kandidaten in Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuß entsprochen.

Peinlich, peinlich...

In der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage der Freiheitlichen mußte Finanzminister Viktor Klima zugeben, daß die AUF-Personalvertreter, die nicht zum Grundlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte zugelassen wurden, dadurch finanzielle Nachteile erleiden. Konkret büßen sie pro Jahr 13.482 Schilling ein - eine gerade in Zeiten des Sparpakets nicht eben geringe Summe. Vor diesem Hintergrund erscheint es ganz besonders paradox, daß man, entsprechend den Angaben des Finanzministers, auch nicht bereit ist, den diesmal nicht zugelassenen Bewerbern eine amtswegige Kursteilnahme für den nächsten Lehrgang zu gewähren. Über die Hintergründe dieser Entscheidung kann man nur spekulieren. Klar ist jedoch, daß damit alle jene Beamte, die nicht zu dem Kurs zugelassen wurden, somit gleich in zweifacher Hinsicht benachteiligt werden.

ew.

Der „neue“ Schmuggel und seine Folgen

Auswirkungen des EU-Zollrechts an einem praktischen Beispiel

Franz B. fährt seit Jahren ins benachbarte Ausland, genauer gesagt nach Ungarn. Bei seiner letzten Fahrt ließ er sich allerdings zu einer Dummheit hinreißen: Statt der einen erlaubten Stange Zigaretten kaufte Franz B. gleich zehn Stangen - im festen Glauben, daß ihn schon niemand kontrollieren werde.

Ein Fehler, wie sich bald herausstellen sollte: Als der Zollwachebeamte des Zollamts Klingenberg Franz B. fragte, ob er etwas anzumelden habe, verneinte Franz B., woraufhin der Beamte das Fahrzeug untersuchte und die Zigaretten im Kofferraum unter einer Decke fand. Neun Stangen wurden beschlagnahmt, Franz B. wurde angezeigt.

Nicht wenig überrascht war der ertrappte Mochtger-Schmuggler, als ihm nach zwei Wochen neben der erwarteten Strafverfügung der Zollfahndung Wien (die sich auf 4.400 Schilling belief) auch noch ein Bescheid ins Haus flatterte: Franz B. sollte zusätzlich noch 4.142 Schilling an Zoll, Einfuhrumsatzsteuer und Tabak-

steuer bezahlen. Der Hintergrund war nicht nur Franz B. unklar, sondern bis vor wenigen Wochen auch den damit befaßten Beamten. Die Lösung findet sich im Zollkodex, jenem Gesetzeswerk, das seit dem Beitritt Österreichs zur EU Gültigkeit in Österreich hat, und ist ebenso kurios wie teuer:

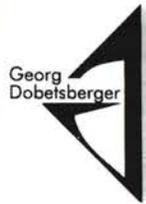
Im Normalfall nämlich werden die beschlagnahmten neun Stangen Zigaretten innerhalb einer bestimmten Frist im Strafverfahren für verfallen erklärt und die zuvor eingeforderten Eingangsabgaben dem Beschuldigten wieder erlassen. Was bedeutet, daß Franz B. die 4.142 Schilling zwar nicht zahlen muß, aber ein enormer

Verwaltungsaufwand nötig war, um den Bescheid zunächst zu erstellen und abzuschicken. Ein Verwaltungsaufwand, den man sich im Grunde hätte sparen können. Die Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen ist zweifelhaft - nicht nur für Franz B.

Norbert Keplinger



Das EU-Zollrecht wirkt sich an Österreichs Grenzen aus.



Filiale:
Kehrbach 94
A-4710 GRIESKIRCHEN
Tel. 0 72 48/40 11

Schömlahn 15
A-4712 MICHAELNBACH
Tel. 0 72 77/60 20
Fax 0 72 77/65 69

- Förder- und Schlachttechnik • Bau- und Maschinenschlosserei
- Nirostverarbeitung • Landmaschinen - KFZ

Georg Dobetsberger

...kreative Lösungen für solide Arbeit!

ISO-TECH

WÄRME-, KÄLTE-, SCHALL-
UND BRANDSCHUTZISOLIERUNG



INH.
SIEGFRIED BINDER
MOB.-TEL. 0663/927 07 50
4910 RIED - JOHANNESG. 13 - TEL./FAX 07752/86976



Karl
Muckenhuber
Fleisch- & Wurstwaren

A-4240 Freistadt, Salzgasse 17, Telefon 07942/2245

H.M.S.

... High modern shoes

HANDELS-G.M.B.H.

LICHTENEGGER STRASSE 101, A-4600 WELS
TEL. NR. 07242/52246, FAX NR. 07242/52246-77
UID-NR. ATU 25093500

SPAR



Wer SPART, der hat...

SPAR-Markt Lindmeyer

Schallerbacher Str. 14, 4702 Wallern
Telefon (07249) 48 1 43
IHR NAHVERSORGER



HELMUT HAIDER

JUWELIER • SCHMUCK- UND UHRENFACHHANDEL

A-4240 Freistadt, Hauptplatz
Telefon: 07942/76500-0



TISCHLEREI
STEIN

A-4910 Ried • Brauhausgasse 4
Telefon 07752/82168
Fax 88421



Zum Stiegenwirt

FAM. FROMMUND

A-4701 Bad Schallerbach
Grieskirchner Str. 8
Tel. 0 72 49/48 0 57

Dipl.-Ing. H. Normann

Industriervertretung - Ingenieurbüro
KABEL- UND SATELLITENFERNSEHEN

A-4600 Wels • Linzer Straße 139
Telefon 0 72 42/7 09 21-0 • Telefax 0 72 42/7 09 21-17

SICHERHEITSWACHE



Monturwirtschaften: Was gibt es Neues?

Der Zentrallausschuß der Sicherheitswache hat in einer Besprechung mit Innenminister Caspar Einem die Bedenken hinsichtlich einer gänzlichen Privatisierung vorgebracht.

Vor allem eine Information aus Deutschland brachte die Diskussion ins Rollen: Die Deutsche Bahn AG hat mit 1. Jänner 1995 auf das für die österreichische Sicherheitswache vorgesehene System des Versandhausprinzips umgestellt. Seit diesem Zeitpunkt war eine Kostensteigerung der Uniformsorten von 20 bis 80 Prozent feststellbar.

Zudem konnte auch bei der Frage der ETAT-Uniformsorten und, was vor allem die Sonderabteilungen betrifft, beim Datenschutz aller Masseteilnehmer (eine Privatfirma verfügt über die Daten aller Sicherheitswachebeamten und -beamtinnen) bei der Regelung über die Auszahlung des Massaguthebens und bei der Vorgangsweise über die Massaschuld keine gänzliche Einigung mit dem Innenministerium erzielt werden. Aufgrund der Sensibilisierung hinsichtlich der Uniformbeschaffung in Drittländern (siehe Faksimile: Kronen-Zeitung vom 11. September 1996) hat sich auch die Textilgewerkschaft massiv in die Verhandlungen eingeschaltet. Insgesamt kann man sagen: „Nix is' fix“ - es wird weiterverhandelt.

Tiefschlag für heimische Textil-Firmen Polizei-Uniformen „made in Taiwan“

Seit neuestem machen sich die Personalvertreter der Exekutive auch Sorgen um Österreichs Textilwirtschaft. Seit Dienstag steht fest, daß Uniformen künftig schütteren heimischen Unternehmen entgegen durch Aufträge im Wert von 170 Millionen Schilling.

VON GERHARD WALTER

Innenminister Einem gab die Weisung, sämtliche Beschaffungsstellen für Uniformen zu privatisieren. Mit dem Ziel, das Budget durch günstigeren Einkauf zu entlasten und 143 Innendienstbeamte wieder im Außendienst einsetzen zu können.

Eine Maßnahme, die sich aus Sicht sämtlicher Personalvertreter als Bumerang erweist. Horst Binder von der AUF: „Viele dieser Beamten sind gar nicht tauglich für den Außendienst. Und die internationale Ausschreibung der Bestellung der Uniformen, die noch im September erfolgen wird, ist ein Tiefschlag für Österreichs Textilindustrie.“

Kronen Zeitung, 11.9.96

Einem für Privatisierung von Exekutivaufgaben

Will der Innenminister Exekutivbeamte, die die Sicherheit der Staatsbürger schützen, oder eine Privatarmee?

Anläßlich einer Tagung des Kuratoriums Sicheres Österreich (KSÖ) sprach sich Innenminister Caspar Einem für die Auslagerung mehrerer Bereiche der Exekutive aus. Dazu gehören: Überwachung des ruhenden Verkehrs, Übertragung der Kfz-Zulassungen an die Versicherungswirtschaft, Beschaffung von Uniformsorten, Kfz-Werkstätten, Geschwindigkeitsüberwachung mit Radarboxen sowie die Flugrettung.

Dadurch würden, so meinte Einem, Beamte für jene Aufgaben frei, für die sie ausgebildet wurden. Zudem müßten Posten nach Pensionierungen nicht nachbesetzt werden. Es stellt sich die Frage: Will der Innenminister in seinem Ressort Exekutivbeamte, die die Sicherheit der Staatsbürger und des Landes gewährleisten, oder eine aus Steuergeldern finanzierte Privatarmee?

Horst Binder



Unter
uns
gesagt

Exekutivgewerkschaft

Seit Jahren kämpft die AUF für die Schaffung einer eigenen Fachgewerkschaft der Exekutive innerhalb des Gewerkschaftsbundes. Trotz gewaltiger Zustimmung der österreichischen Exekutivbeamten bei einer Unterschriftenaktion der AUF (über 18.000 Unterschriften konnten gesammelt werden), wehren sich aber die Vertreter von FSG und FCG bis jetzt erfolgreich gegen eine eigenständige Vertretung, obwohl die selbsternannte „Polizeigewerkschaft“, die im Grunde nur der neue Name für die mit unveränderten Strukturen agierende „Bundessektion Sicherheitswache“ ist, eine Niederlage nach der anderen einstecken muß.

Ein Beispiel: Der Krankenpflagedienst ist in das Nacht-, Schicht- und Schwerkraftgesetz eingebunden. Eine Krankenschwester im Turnusdienst erhält pro Nachtdienst eine Zulage von 480 Schilling netto und vier Stunden Zeitausgleich. Aufgrund der Erschwerung des Nacht-, Schicht- und Wechseldienstes kann sie zudem zweieinhalb Jahre früher in Pension gehen, wobei das Pensionalter noch weiter gesenkt wird, wenn Kinder vorhanden sind.

Die Nachtdienstregelung bei der Sicherheitswache kann als bekannt vorausgesetzt werden. Warum aber hat die „Polizeigewerkschaft“, trotz Versprechungen vor jeder Personalvertretungswahl, noch keine Gleichstellung mit dem Krankenpflagedienst erwirken können? Offensichtlich ist sie innerhalb der Gewerkschaft doch zu wenig durchschlagskräftig. Das zeigen etwa auch die Gehaltsverhandlungen oder die Aufwertungsverhandlungen im Bundeskanzleramt. Ein eigenständiger Vertretungskörper innerhalb des ÖGB unter Einbindung der AUF hätte zweifellos bessere Chancen bei Verhandlungen - das zeigen schon die Beispiele bei der Eisenbahn oder bei der Post.

Horst Binder

Schließung von Polizeidienststellen

Als die AUF vor den EU- und den Wiener Landtagswahlen am 1. Oktober 1996 von möglichen Schließungen von Polizeiwachzimmern informiert wurde, handelte sie sofort: Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um detailliertere Informationen zu erhalten. Wenige Tage nach der Wahl ließen dann das Innenministerium und die Bundespolizeidirektion Wien die Katze aus dem Sack.



Die Personalvertretung wie auch die betroffene Kollegenschaft wurde vom Wiener Polizeipräsidenten via „Kurier“ am 23. Oktober von der Schließung von 18 Wachzimmern in Kenntnis gesetzt. Zusätzlich wurde auch die Zusammenlegung von Kommissariaten in Aussicht gestellt. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang der neue Führungsstil des Polizeipräsidenten, der offenbar lieber mit der Presse spricht als mit seinen Bediensteten.

Aber auch der sogenannte „Offiziersklub“ ließ nach einer Besichtigung der Münchner Polizeidirektion über die Presse verlauten, daß er das Münchner Modell (wenige kleine Wachzimmer, dafür aber einige wenige Großwachzimmer) gutheiße. Leider hat sich die Stellungnahme der AUF, die unter dem Titel „Hilfe, der Offiziersklub beginnt zu denken“ im „Blaulicht“ veröffentlicht wurde, als richtig erwiesen.

Nach dem Bekanntwerden der geplanten Wachzimmerschließungen verlangte die AUF sofort Sondersitzungen im Fach- und im Zentralausschuß. Zudem informierte sie die Medien über die



Im Wahlkampf eröffnete Innenminister Einem Medienwirksam ein Wachzimmer in Wien Heizing – nun will er Polizeidienststellen schließen.

Auswirkungen dieser Maßnahme für die Bevölkerung und konnte damit auch die Politik wachrütteln. Damit wurden die Politiker an ihre noch nicht einmal 14 Tage alten Versprechungen erinnert und so gezwungen, Position zu beziehen. Es konnte erreicht werden, daß sich alle Parteien, mit Ausnahme der Grünen und der Liberalen, gegen die geplanten Wachzimmerschließungen aussprachen. Bei ei-

FP-Sicherheits-sprecher Hilm-ar Kabas (Foto links) konnten durch



ihren Einsatz die geplante Maßnahme zu einem politischen Thema machen.

Zwar konnte die AUF das Ärgste vorerst verhindern – doch das Thema ist noch lang nicht vom Tisch. Am 24. und am 25. Oktober fand in Wien eine Behördenleiterkonferenz statt, bei der festgelegt wurde, daß alle Polizeidirektoren bis Februar 1997 Reorganisationsvorschläge mit Strukturänderungen innerhalb der Sicherheitswache erstellen sollten. Laut dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Michael Sika, gibt es bei der Sicherheitswache noch einige personelle Ressourcen, die man nützen könnte. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage des Innsbrucker Polizeidirektors: „17 Wachzimmer für Innsbruck sind zu viel.“

Wie sehr die Personalvertretung bereits unter Druck geraten ist, zeigt sich auch am Beispiel der Bundespolizeidirektion Leoben: Dort stimmte man der Schließung von drei Wachzimmern (Göss, Bahnhof und Judendorf) zu, um einen Personalabbau zu verhindern. Zu hoffen wäre nur, daß die Rechnung der Leobner Kollegen auch aufgeht.

Fest steht eines: Der Winter 1996/97 wird für die Personalvertretung zu einem Prüfstein werden: Schließlich kommt das Bestreben nach Wachzimmerschließungen und Personalabbau erst jetzt so richtig ins Laufen.

Horst Binder

Aufnahme in den Sicherheitswachendienst

Für Neuaufnahmen in den Sicherheitswachendienst wird in Zukunft probeweise ein sogenannter „medizinischer Bewegungskoordinationstest“ eingeführt.

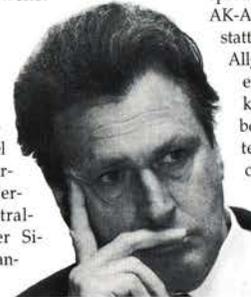
ner Besprechung des Polizeipräsidenten mit dem Fachausschuß Wien sprach ersterer dann nur mehr von einem neuen Sicherheitskonzept.

Inzwischen konkurrieren Politiker aller Parteien, um die Schließung der Wachzimmer zu verhindern. Vor allem die freizeithliche Sicherheitssprecherin Helene Partik-Pablé (Foto rechts) und der Wiener

Bearbeitung der Allgemeinkriminalität durch die Sicherheitswache

Die Bearbeitung der Allgemeinkriminalität (AK) durch die Sicherheitswache verläuft laut Innenministerium zufriedenstellend, was auch vom Rechnungshof anlässlich der Prüfung einer solchen Dienststelle bestätigt wurde. Die meisten Polizeidirektionen außerhalb Wiens bearbeiten nun schon seit teilweise längerer Zeit die AK-Akte. Allerdings fehlt in einigen Direktionen noch die notwendige Infrastruktur, so etwa Vernehmungsräume, Erhebungsfahrzeuge oder technische Geräte. In Wien soll die AK-Tätigkeit 1997 auf die Kommissariate 2, 5, 6, 7, 12,

16 und 21 ausgeweitet werden. Innenminister Caspar Einem und auch der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Michael Sika (Foto), versprachen den Vertretern des Zentralausschusses der Sicherheitswache anlässlich einer Be-



sprechung über die Endabfertigung von AK-Akten, sich für die notwendige Ausstattung der Dienststellen, wo auch die Allgemeinkriminalität bearbeitet wird, einzusetzen. Auch die Fachwertigkeit für die E2c-Beamten, die die AK bearbeiten, wurde von den Vertretern der AUF neuerlich angesprochen. Auch hier sagte Einem seine Unterstützung zu, hielt jedoch fest, daß die Polizeigewerkschaft im Bundeskanzleramt endlich tätig werden müsse.

hb.

Karenzierungspool bei der Polizei

Die AUF spricht sich gegen die Aufnahme von Vertragsbediensteten in den Sicherheitswache-Dienst aus und fordert Ersatzplanstellen auf Beamtenbasis für Karenzierungen. Innerhalb der Sicherheitswache versehen zur Zeit 976 weibliche Sicherheitswachebeamte ihren Dienst. Weiters gibt es rund 60 Karenzierungen von Kollegen. Im Zentralausschuß forderte die AUF den Innenminister in einem Antrag auf, sich für entsprechende Karenzierungsplanstellen im Bundeskanzleramt einzusetzen, zumal es auch bei der Zollwache gelungen ist, 111 Beamte aufzunehmen.

Schließung von Kfz-Werkstätten

Seitens des Innenministeriums ist geplant, die Kfz-Werkstätten bei den Polizeidirektionen Villach, Klagenfurt und Schwechat 1997 gänzlich zu schließen. Die Werkstätten in den Direktionen Graz, Linz und Innsbruck sollen personell reduziert werden. Bisher haben sich Privatisierungen im Kfz-Bereich bei einigen Polizeidirektionen negativ ausgewirkt.

„Reorganisation“ der Fernmeldeabteilungen stößt auf AUF-Protest

Mit 1. Juli 1996 wurden den Kommissariatswachzimmern je zwei Telefonvermittler im Tagdienst zwischen 8.00 und 16.00 Uhr zugeteilt und samt Planposten den Bezirksabteilungen überstellt. Für die betroffenen Beamten bedeutet dies eine Änderung des Dienstsystems.

Einer der beiden Beamten ist als Vermittler tätig, der zweite steht dem Kommissariatswachkommandanten zur Verfügung. Für den Fall, daß beide Beamte ausfallen, wurden Beamte der Bezirksabteilungen für diese Tätigkeit eingeschult, die für diese Zeit vom Wachzimmer abgezogen werden und die Tätigkeit des Vermittlers wahrnehmen. In der Zeit zwischen 16.00 und

8.00 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen wird die Vermittlung auf die Kommissariatswachzimmer umgeschaltet.

Diese Maßnahme bewirkt, daß für die Vermittler keine Überstunden mehr anfallen. Zudem muß bei Abwesenheit bei der Vermittler ein Beamter aus dem Wachzimmer die Tätigkeit des Vermittlers übernehmen, was natürlich sowohl auf Kosten des Außen-, als auch des Wachzimmersbetriebes geht.

Die AUF legte gegen diese Reorganisation scharfsten Protest ein. Trotzdem fanden diese Maßnahmen im Fachausschuß Wien die erforderliche Mehrheit.

hl.



Je zwei Telefonvermittler sind seit Juli bei den Kommissariatswachzimmern tätig.

Cafe Treff
07752 / 88455

S. HATZMANN
Hauptplatz 19, 4910 Ried i. I.

Reinhold Reitingner
FLIESEN • KACHELN
• MARMOR

RR

Telefon (0 77 18) 289 Wimm 14
4085 Wesenufer/
Waldkirchen

Der Spediteur in Sachen Holz!

FBINDER
SPEDITIONS-GMBH

A-4910 RIED, TEL. 0043-7752/81881-0, FAX 82096

FOX HÖLZ

Parkettböden Bodenbeläge
Wand- und Deckenverkleidungen

Akustikräume
Schwingböden
Doppelböden

A-4910 Ried im Innkreis, Neuhofen 110
Tel. (0)7752/70222-0, Fax (0)7752/70222-7

Kompostierung Gerner Josef

ARGE KOMPOST

Hohenerlach 1
4751 Dorf an der Pram

Telefon (07764) 452
Telefax (07764) 452

LASBERGER GRANIT INDUSTRIE GMBH & CO KG

A-4291 Lasberg, Gunnersdorf 27, Telefon (07942) 728 80, Fax 48 80

- ◆ STEINMETZARBEITEN
- ◆ BODENPLATTEN + STUFEN
- ◆ PFLASTERSTEINE
- ◆ BRUCHSCHÖTTER
- ◆ STRASSENBAUSTEINE
- ◆ MAUERSTEINE

FINANZSOFTWARE

Walter Lang
St. Peter 40
A-4240 FREISTADT

Tel. (0043) (0)7942-73242
Fax (0043) (0)7942 5558
Auto (0043) (0)663 71838

KREDIT-MANAGER
finanzmathematische Softwarelösung

Hofmann Ges.m.b.H.
Ihr gewissenhafter Partner

Europaimporteur für TAURUS-BRILEY-STI
SPRINGFIELD ARMORY PARA-ORDNANCE

Importeur für REMINGTON Waffen und Munition
sowie Wiederladeartikel von HORNADY RCBS LEE
LYMAN CCI und Importeur für MAG-LITE Lampen

Helmut Hofmann Ges.m.b.H., Wildfellnerstr. 22, 4910 Ried i.I.
Telefon 07752/80991 Telefax 07752/80990

SICHERHEITSWACHE



Fahrräder für zwei Wachzimmer der Inneren Stadt



ellen Gründen die Zuteilung der zwei Fahrräder nicht möglich sei. Nach mehreren Interventionen konnte jedoch eine private Finanzierung sichergestellt werden. Ergebnis: Ende September wurden die Wachzimmer Schmerlingplatz und Goethegasse mit je einem Dienstfahrrad ausgestattet. Außerdem werden die Anträge auf Zuteilung eines Faxgeräts für jedes Wachzimmer im ersten Wiener Gemeindebezirk weiter vorangetrieben, um ein effizienteres Arbeiten zu ermöglichen. Um für die zuständigen Stellen der Bundespolizeidirektion Wien ein Signal zu setzen, hat der freiheitliche Neo-Gemeinderat Gerold Saßmann bereits angekündigt, spätestens Ende Jänner 1997 ein Faxgerät anzukaufen und dem Wachzimmer Stubenring zu übergeben.

wr.

Bei der Bezirksvertretungssitzung im Mai 1996 wurde von den freiheitlichen Bezirksräten der Inneren Stadt Wien der Antrag auf Zuteilung von zwei Dienstfahrrädern für die Sicherheitswache-Abteilung 1 gestellt. Der Antrag wurde angenommen und an die Bundespolizeidirektion Wien weitergeleitet. Die Antwort der Polizeidirektion kam prompt: Wie üblich hieß es, daß aus finanzi-



Neo-Gemeinderat Gerold Saßmann freut sich über die Ausstattung zweier Wachzimmer mit Fahrrädern.

Betreuung nach Schußwaffengebrauch

Von Ministerialrat Dr. Erlbacher wurde mitgeteilt, daß die internen Betreuer der Exekutive bei der Betreuung von Kollegen und Kolleginnen nach einem Schußwaffengebrauch hervorragende Arbeit leisten. Die Anzahl der Betreuungen ist von vier Fällen 1993 auf sechs Fälle 1994 und bereits 10 Fälle im Jahr 1996 gestiegen.

Leasingfahrzeuge für die Polizei

Der Vorschlag der AUF, Einsatzfahrzeuge von Polizei und Gendarmerie nicht mehr zu kaufen, sondern zu leasen, wird nun vom Innenministerium aufgegriffen. Damit gehören Streifenfahrten mit altersschwachen Fahrzeugen wohl bald endgültig der Vergangenheit an. Die Leasing-Variante sei zudem kostengünstiger, heißt es aus dem Ministerium. Derzeit verfügt die Polizei über 1.376 und die Gendarmerie über 3.150 Fahrzeuge.

Parkraumbewirtschaftung: Ausnahmegenehmigungen nötig

Aufgrund einer Bedarfserhebung würde die Bundespolizeidirektion Graz 134, die Bundespolizeidirektion Linz 37, die Bundespolizeidirektion Salzburg 30, die Bundespolizeidirektion Innsbruck 34, die Bundespolizeidirektion Klagenfurt 68, die Bundespolizeidirektion Leoben fünf, die Bundespolizeidirektion St. Pölten 15, die Bundespolizeidirektion Steyr 14 und die Bundespolizeidirektion Wels sechs Ausnahmegenehmigungen benötigen. Der Zentralausschuß der Sicherheitswache ersuchte nun das Innenministerium um die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen und die Kostenübernahme. Diese Ausnahmegenehmigungen beziehen sich ausschließlich auf Kollegen und Kolleginnen, die im innerstädtischen Bereich, wo es nur Kurzparkzonen gibt, ihren Dienst versehen. hb.

Gewerkschaft für flexiblere Dienstzeit im öffentlichen Dienst

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Siegfried Dohr, stellte erst kürzlich fest, daß die Gewerkschaft eine Flexibilisierung der Arbeitszeit grundsätzlich nicht ablehne. Sowohl Dohr als auch Beamtenschaftssekretär Karl Schlögl legten einen Terminfahrplan für die Arbeitszeitänderungen fest, wobei vorerst in Untergruppen beraten werden soll. Mit 1. Jänner 1998 sollen das neue Disziplinarrecht sowie das neue Beamtendienstrecht in Kraft treten. Dohr sprach sich außerdem gegen ein drittes Sparpaket aus. Zuvor hatte er sich auch gegen die Sparpakete 1 und 2 ausgesprochen, die die Exekutive wie ein Keulenschlag getroffen haben.

DIE GEISELNAHME ZU KARLAU HATTE FOLGEN...



EXPERTENKOMMISSION

MAN SOLLTE
SE NÄCHSTER
VIELLEICHT
STÄRKER PSYCHO-
THERAPEUTISCH
BETREUEN!

DISZIPLINAR
MASSNAHME

DIE ALLERHÖCHSTE
EXPERTENKOMMISSION
HAT BEFUNDEN, DASS DIE
JUSTIZWACHEBEAMTEN,
BLAH, BLAH, ... DURCH
MISSACHTUNG DER DIENST-
BEFEHLE ZAHL MCMLXVIII/XIII, WOW, WOW...
DAS GEISELDRAMA ZU KARLAU
HERBEIGEFÜHRT ZU HABEN, ...
... UND NUN ZU EINER
DISZIPLINARMASSNAHME
VERURTEILT ...

HERRLICH,
SOLCHE
ÖFFENTLICHE
DISZIPLINAR-
MASSNAHMEN!

© Mier
CARZOO



Unter uns gesagt

Veränderungen im großen Stil?

Die geplante Zusammenlegung der Bezirkspolizeikommissariate Mariahilf und Schmelz wirbelte erst kürzlich beträchtlichen Staub auf. Zwischenzeitlich wurde das Vorhaben zwar demontiert, was allerdings erfahrungsgemäß nicht heißen muß, daß es völlig vom Tisch ist.

Denn das könnte davon abhängen, wo die Idee der Zusammenlegung der beiden Kommissariate geboren wurde. Handelte es sich um eine Initiative der Bundespolizeidirektion Wien, ist es möglich, daß sie tatsächlich gestorben ist, die Vorgangsweise wäre dann aber eher utopisch. Möglich ist allerdings auch, daß der Plan auf höherer Ebene geschmiedet wurde – und sei es nur, um das entstehende Echo anzuloten. In diesem Fall könnte die ganze Sache nur deshalb auf Behördenebene verlegt worden sein, um bei einem politisch notwendigen Rückzieher nicht das Gesicht zu verlieren. (Es wäre nicht das erste Mal, daß der Polizeipräsident seinen Kopf für den Innenminister hinhält.)

Mehrere Indizien deuten darauf hin, daß Veränderungen im großen Stil geplant sind. Das Ziel dieser Veränderungen ist legitim: Der Polizeiapparat muß billiger und effizienter werden. Der Schwachpunkt liegt hier aber in der Reihenfolge dieser Veränderungen.

Die AUF hat bereits öfter Reformvorschläge gemacht, die letztlich mit einer Kostensenkung verbunden gewesen wären und trotzdem eine Verbesserung des qualitativen Standards mit sich gebracht hätten. Speziell im Kriminaldienst wären mittel- bis langfristige Maßnahmen denkbar – wenn er nicht in das straffe Korsett des Beamtenbesoldungsschemas eingebunden wäre. Über berufsspezifische Ausbildungsprogramme auf Hochschulebene, eine Beschränkung der Kriminaldienstes auf die tatsächlichen kriminalpolizeilichen Aufgaben und der damit verbundenen fachlichen Eigenständigkeit kann und muß, ganz besonders hinsichtlich der Erfordernisse der EU, eine Angleichung an den internationalen Standard erfolgen. Maßnahmen, mit denen letztlich auch für die Beamten positive Veränderungen auf dem Gehaltszettel verbunden wären.

Helmut Kamehl

Alles in Ordnung?

Das Sicherheitsbüro in Wien ist Österreichs größte kriminalpolizeiliche Dienststelle. Während Politiker im Ausland mit Steuergeldern um sich werfen, arbeiten Kriminalbeamte unter teilweise chaotischen Umständen an der Bekämpfung der Schwerkriminalität.

So gut wie jeder Wiener kennt das mächtige Haus in der Berggasse: Hier ist der Sitz des Wiener Sicherheitsbüros, jener Dienststelle, die sich nahezu ausschließlich mit organisierter Schwerkriminalität befaßt. In diesem Gebäude sind das Gewaltreferat (Mordkommission), mehrere Gruppen zur Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität, Kriminalbeamte, die den organisierten Autodiebstahl bekämpfen und noch viele andere spezialisierte Kriminalbeamtegruppen untergebracht.

Im zweiten Stock befindet sich das Büro des Leiters der Abteilung II, der Herr über die Kriminalpolizeiliche Abteilung bei der Bundespolizeidirektion Wien ist. In dieses „Allerheiligste“ zu kommen, ist nicht schwer: Bis hierher (und auch weiterhin nicht) gibt es weder eine Ausweiskontrolle, noch eine Durchsuchung nach Waffen oder sonstige Sicherheitseinrichtungen. Nachlässigkeit, Mut oder ganz einfach die Unkenntnis eines Schreib-

tischbeamten, an dem die Entwicklung der internationalen Kriminalität und deren ständig steigende Gewaltbereitschaft spurlos vorübergeht?

Diese „Es wird schon nix passieren“-Mentalität setzt sich auch im Bereich der Kriminalbeamtenabteilung fort. Wo sind jene Funktionäre der Bundespolizeidirektion Wien, die bei einer Gewalttat gegen Kollegen die Verantwortung übernehmen? Können jene, die sich selbst und ihre Bediensteten nicht schützen können, den Staatsbürger schützen? Ist dieses Verhaltensmuster nicht geradezu signifikant für die mangelnde aktive behördliche Unterstützung des Kriminaldienstes bei der Verbrechensbekämpfung? Wenn nicht endlich ein Abgehen von der Dominanz der Verwaltung innerhalb des Polizeiapparates erfolgt, werden sowohl die Kriminalbeamten als auch der Staatsbürger weiter mit diesen Verhältnissen leben müssen. Aber die Kriminalbeamten müssen ihren

Dienst auch unter anderen, geradezu skandalösen Umständen verrichten. Das Prunkstück einer Reihe von Absurditäten ist wohl die „Toilettenküche“ – ein Raum, in dem sich die Toilette ohne jede Trennwand gleich



neben der Küche befindet. Dagegen nehmen sich Fälle, in denen Zeugenbefragungen auf dem Gang erfolgen, weil keine geeigneten Räume vorhanden sind, oder Kriminalbeamte, die wie nepalesische Lastträger sichergestellte Stereoanlagen und Fernsehgeräte in den 4. Stock schleppen müssen, geradezu läppisch aus. Denn ein Lift ist zwar vorhanden, steht jedoch durch Größe und Bauart des Gebäudes nur einem begrenzten Teil der Bediensteten zur Verfügung. Was es heißt, mit Häftlingen die Stiegen auf- und ablaufen zu müssen, bedarf wohl keiner Erklärung. Hätte man die Millionen, die in ein funktionsunfähiges und den Bedürfnissen



nicht entsprechendes Kommunikationssystem (BAKS) gesteckt wurden, in die Sanierung und Adaptierung des Gebäudes oder in den Ankauf von Räumlichkeiten in den Nebengebäuden investiert, so hätten leistungsgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ein Glück nur, daß der Dienstgeber „Bund“ nicht den Pflichten einer Privatfirma unterliegt: Sonst hätte das Arbeitsinspektorat bereits die Schließung eines Teiles dieser Dienststelle veranlaßt.

Helmut Kamehl

In der nächsten Ausgabe: Personalsituation und Arbeitsvolumen im Sicherheitsbüro.

AUF'i mauß i!

Voisthalerhütte

1.600 m
Heidi und Hans Winkler
Bewirtschaftung von Anfang März bis 1. November
A-8636 Seewiesen, Tel. 0663/33097
Bergsteiger- und Kletterschule
Leitung: Fred Schabelreiter, Tel. 0663/9231286

Unter diesem Motto bietet die Freizeit-Redaktion ab sofort jedes Jahr eine geführte Bergtour an. Abwechselnd werden Winter- und Sommertouren organisiert.

1997 beginnen wir mit einer Skitour auf den Hochschwab. Für 1998 ist die Besteigung des höchsten Berges in Österreich, des Großglockners, geplant. Die Leitung der Bergtouren übernimmt Chefinspektor Kletus Schranz, Bundessektionsvorsitzender der AUF-Gendarmerie, Mitglied im Zentralausschuß der Gendarmerie. Kletus Schranz ist Gendameriebergführer, Flugretter sowie Einsatzleiter und Ausbilder in der steirischen Bergrettung. Für die Tour stehen bestens ausgebildete Gendarmen (Alpinausbildung, Bergführer) zur Verfügung.

Gehzeit: ca. vier Stunden. Übernachtung. Am nächsten Tag Aufstieg zum Gipfel des Hochschwabs. Danach 1.300 Höhenmeter Abfahrt bis ins Tal.

Termin: 22./23. März 1997

Gesamtkosten: ca. 500 Schilling.

Treffpunkt: 22. März 1997, 11.00 Uhr in Seewiesen



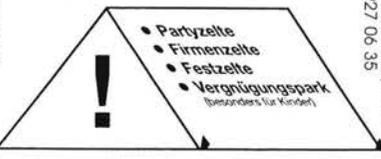
ANMELDUNG:

„Blaulicht Freizeit-Redaktion“, Bartensteingasse 14, 1010 Wien
Telefax (0222) 406-75-15-23, bis spätestens 31. Jänner 1997.

DIE GEWERBEREGION OÖ PRÄSENTIERT SICH:

VERGNÜGUNGSBETRIEBE - BERATUNG ORGANISATION

FESTZELTVERLEIH KARNER



GRÜNDERSSTRASSE 61 - 4040 LINZ
TEL. 0732/247323 - 0663/73855
0663/927 06 35

Moderne Vergnügungs-Betriebe

BRUNO SCHAUBERGER
Schärdinger Tor 2
Telefon (0664) 342 80 79

**VERANSTALTUNG
VON FESTEN ALLER ART**

GRUBER
reinigt + wäscht

IHR SPEZIALIST FÜR MODERNE TEXTILPFLEGE

WELS Hauptbetrieb Sofordienst
Färberstraße 6, Tel. 46 5 02 Eferdinger Straße 24, Tel. 41118
Filialbetriebe: Kaiser-Josef-Pl. 33, Tel. 43 0 30
Ringstraße 29, Tel. 46 6 02 Albert-Schweitzer-Str. 48, Tel. 66 7 78

Gasthof Ketter
RESTAURANT - KEGELCASINO
CAFE-BAR



RICHARD FEICHTINGER
VOGLWEG 3
A-4910 RIED/INNKREIS
TEL. 0 77 52/82 5 73

**BETTEN
JUNGWIRTH**
FÜR EIN SCHÖNERES DRITTEL IM LEBEN!

Betten-Erzeugung
Umarbeitung - Reinigung
Wolle - Tischwäsche

A-4910 Ried im Innkreis
Hauptplatz 42
Tel. - Fax 07752/82643



H. B. FULLER AUSTRIA
Gesellschaft m.b.H. / vormalig ISAR-RAKOLL CHEMIE
Kaplanstraße 30, Postfach 214, A-4600 Wels, Telefon (07242) 409 Serie
Telex 25-469 hbf a, Telefax (07242) 47 2 96

SPEZIALKLEBSTOFFE FÜR:
Bau- und Möbelindustrie • Schuhindustrie • Papier- und Verpackungsindustrie • Boden-
Wand - Decke • Technischen Bereich

**MALEREI
WOLKERSDORFER**

A-4910 RIED - Hochfeld 7
Tel./Fax: 07752/83008

Schönes aus Meisterhand
Polstermöbel nach dem
PMS-System maßgenauer
individueller Sitzkomfort

Eigene Polsterwerkstätte
Tapeten - Böden - Sonnenschutz
Wintergartenbeschattungen

Tapezierer • Raumausstatter

**MEISTERBETRIEB
UNGER**

A-4910 Ried i. L., Hoher Markt 12
Tel. 0 77 52 / 82 5 83

KRIPO



Weisungs-Zaubereien

Mit zunehmender Besorgnis betrachtet die AUF verschiedene Vorgänge im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien in den letzten Monaten, die nicht nur den Kriminaldienst, sondern auch die Gendarmerie und die Polizeidirektionen in den Bundesländern betreffen. Denn die Vorgänge in der Bundespolizeidirektion Wien, immerhin der größten Polizeidirektion Österreichs, könnten durchaus Signalwirkung haben.



Die Bundespolizeidirektion Wien: Die Vorgänge in letzter Zeit könnten Signalwirkung haben.

Der Wind weht aus dem Bundesministerium für Inneres: Dieses hat sich eine einfache, aber wirkungsvolle Methode ausgedacht, um über die Personalvertretung hinweg wirtschaften zu können. Das Zauberwort heißt: Weisung an die Bundespolizeidirektion Wien.

Die Bundespolizeidirektion Wien bekommt vom Innenministerium die Weisung, eine bestimmte Anzahl von Planstellen abzusystemisieren. Auftragsgemäß, wie es einer Unterbehörde zu kommt, werden nun im Bereich von Sicherheitswache und Kriminaldienst (auch im Bereich der Verwaltung) Planstellen gesucht, die wegrationalisiert werden könnten, bzw. in den unmittelbaren Bereich des Ministeriums transferiert werden.

Dem Fachausschuß wird dann jene Liste, die von der Behörde, vom Kriminalbeamteninspektorat oder dem Generalinspektorat erstellt wurde, vorgelegt. Da naturgemäß keine Übereinstimmung zwischen Personalvertretung und der Behörde besteht, kommt es zu einem persönlichen Gespräch mit dem Behördenleiter. Damit sitzen aber sowohl der Behördenleiter, als auch die Personalvertretung in der Falle.

Hat doch der Fachausschuß als höchster Ansprechpartner den gegenüber dem Innenministerium weisungsgebundenen Polizeipräsidenten. Die Diskussion kann demnach nicht darum gehen, ob überhaupt, sondern wo eingespart wird. Zusätzlich verlangt das Personalvertretungsgesetz, daß die Personalvertretung bei einer entsprechenden Diskussion Gründe und Vorschläge einzubringen hat. Für die Personalvertreter besteht nur die Möglichkeit, Einsparungen in bestimmten Abteilungen aus konkreten Gründen abzulehnen und andere Vorschläge zu machen - und eben bei diesen Vorschlägen beginnen die Probleme. Für das Innenministerium ist die Sache

damit bereits gelaufen. Auf den Zentralauschuß zu hoffen, wäre vermessend, da dort dasselbe Spiel abläuft: Können keine Planstellen in Wien eingespart werden, so muß es eben in anderen Direktionen gehen. Personalvertretung als zahloses Monster!

Die paralysierte Bundespolizeidirektion

Innerhalb der Führung der Bundespolizeidirektion Wien sieht man gleichsam paralysiert den Machenschaften des Ministeriums zu. Schützenhilfe erhält man dort von einigen profilierungssüchtigen Beamten aus den verschiedensten Bereichen, die teilweise gute Grundideen, teilweise nicht realisierbare Hirngespinnste als „Ei des Columbus“ verkaufen und sich selbst in den Vordergrund spielen wollen. Wer die Beamtentalität kennt, hat leichtes Spiel. Und wer sollte sie besser kennen, als Beamte? Die Schwachstellen werden vom Innenministerium ausgenutzt, und während in der Bundespolizeidirektion Wien noch über die Absicherung der Spitzenfunktionen durch Machtverteilung nachgedacht wird, entzieht man der Behörde stückweise den Lebensnerv - nämlich die Kompetenz in der Kriminalitätsbekämpfung.

Chaotische Maßnahmen

Neuesten Gerüchten zufolge sollen Planstellen von leitenden Beamten aus dem Bereich des Kriminaldienstes ins Innenministerium transferiert und dort zu B-Planstellen der Verwaltung umfunktionierte werden - als Vorgesetzte der C-wertigen Kriminalbeamten. Offensichtlich chaotische Vertragsabschlüsse im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt veranlassen das Ministerium zu ebenso chaotischen Maßnahmen. Die Basisarbeit und

damit die Sicherheit der Österreicher bleibt auf der Strecke. Angeblich liegt bereits ein Erlaß des Ministeriums in der Bundespolizeidirektion Wien, demzufolge Pensionsabgänge nicht mehr nachbesetzt werden. Ein Erlaß, der vor den Wahlen vermutlich wie ein Augapfel gehütet wurde. Die Führung der Bundespolizeidirektion Wien reagiert auf all diese Vorgänge weisungsgemäß. Der Behördenleiter der Bundespolizeidirektion Wien, der immer wieder versucht, sinnvolle Kompromisse zu finden, und auf dessen Wort absolut Verlaß ist, kann nicht aus dem Schatten des weisungsgebundenen Beamten her austreten.

Sicherheitsapparat Bundespolizeidirektion

Daher lautet eine der vehementesten Forderungen der AUF, aus dem „Verwaltungsapparat Bundespolizeidirektion Wien“ einen „Sicherheitsapparat Bundespolizeidirektion Wien“ zu machen. Der Fachausschuß für Bedienstete des Kriminaldienstes hat im Hinblick auf eine Änderung der Geschäftsordnung und Geschäftseinteilung in stundenlanger Arbeit aller vertretenen Fraktionen Vorschläge unterbreitet, die nicht nur kostengünstig sind, sondern auch die Wertigkeit der Bundespolizeidirektion Wien und aller anderen Polizeidirektionen durch effiziente Arbeit gewährleisten könnten. Schließlich heißt das Motto: „Nicht reagieren, sondern agieren!“ Denn die Polizei wird in der Öffentlichkeit nicht an der Zahl von Dienstaufträgen und Dienstanweisungen, sondern an der Zahl aufgeklärter Straftaten gemessen.

Helmut Kamehl

Tirol Herz der ♥ Alpen stellt sich vor:



JAMTALHÜTTE • 2.165m
GOTTLIEB LORENZ



A-6563 Galtür • Telefon 05443/408 • Fax 05443/584

SILVRETTA - allein der Name beschwingt jeden Skitourenfan. Die Jämtalhütte als Stützpunkt nicht ohne Grund zum führenden Ausbildungszentrum dieser Freizeitsportarten gemacht. Das Haus: optimal erneuert, alle Zimmer mit f.k.w. (umweltschonend) auf den Fluren und in den Duschen, Unterrichtsräume, ausgezeichnete Küche, Rucksacktransport ab Galtür möglich. Ein musterhaft ver- und entsorgtes Haus einfach zum Bleiben. Nicht von ungefähr begegnen Ihnen Umfeld der Parade-Skigipfel die Creme berühmter Bergführer aus allen Alpenländern und deren geführte Begleiter.

Gasthaus Eiche
Innstraße 85
A - 6020 Innsbruck
Pächter M. Gründhammer

*Gutbürgerliche Küche
Schöner schattiger Gastgarten*

Kluckner

JOSEF KLUCKNER
SPENGLEREI - DACHEINDECKUNGEN
PREVA-ALUMINIUM-DÄCHER - BLECHDACH - ANSTRICHE

A-6105 LEUTASCH, KIRCHPLATZ 155
TELEFON 0 52 14/66 57, 63 48, FAX 0 52 14/62 20

Alles für's Büro

bei

BÜROBEDARF
Sautter GmbH & Co

6900 Bregenz, Römerstraße 13, Tel. 0 55 74/43 3 41-0, Fax 43 3 41-17
6460 Imst, Schustergasse 27, Tel. 0 54 12/63 3 96, Fax 65 2 34

6020 Innsbruck-Rum, Bundesstr. 23, Tel. 05 12/24 5 51, Fax 24 5 51-49
Stadtgeschäft Bozner Platz 2, Tel. 05 12/58 04 61, Fax 57 72 50

FUNK TAXI
Taxi-Mietwagen
Elmar Seelos
Tel: 05212/3222, 4242
0663/855301
0663/58711

- Kegelbahnen
- Restaurant
- Kellerbar

**Reith
Seefeld
05212/3222**



Herzlich
willkommen

Café Restaurant Birkenlift

Fam. Siegfried Wackeler
Leutascher Straße
Telefon (05212) 42 11 / 35 64

„Erleben Sie mit uns das Zillertal“

Wir sind Spezialisten für Betriebsausflüge und Vereinsfahrten. Vom Hüttenabend bis zum Bungee-Jumping und von der Dampfzugfahrt bis zum Go-Kart-Rennen.

Fordern Sie unsere Programmbausteine an!

**ZILLERTALER
GÄSTE-SERVICE**

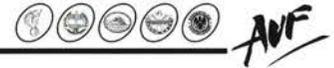
INCOMING REISEBÜRO

Informations- u.
Reservierungszentrale
des Zillertales

ALFONS LITZFELLNER
A-6271 Uderns-Bahnhof
Tel. 0 52 88/25 88 - Fax 0 52 88/41 68



JUSTIZWACHE



Justizanstalt im Dornröschenschlaf

Während die Regierung Österreich kaputtzusparen droht, verplant das Justizministerium in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Stellen Millionen von Steuerschillingen in wahnwitzig anmutende Projekte.

Im Juni 1995 wurde die Justizanstalt Floridsdorf, eine Anstalt mit einer Belagsfähigkeit von 123 Häftlingen, wegen angeblich mangelnder Rentabilität geschlossen. Unmittelbar vor der Schließung war die Anstalt aber noch umfangreich renoviert und modernisiert worden. Gleichzeitig entsteht in Wien-Simmering neben der bereits bestehenden Justizanstalt Simmering ein neues, hochmodernes Gefangenenhaus – obwohl wegen des permanenten Personalmangels noch nicht einmal alle Trakte der erst kürzlich fertiggestellten Justizanstalt Josefstadt bezogen werden konnten.

Wie steht es da um die Rentabilität, wenn voll funktionstüchtige Anlagen in einen Dornröschenschlaf versenkt werden, während man im gleichen Atemzug einen neuen Monsterbau errichtet? Zumal die Anstalt Floridsdorf in Relation zu ihrer Größe einen wesentlichen Beitrag zur Kostenreduktion im Strafvollzug geleistet hat, da die Häftlinge in der großen und gut ausgestatteten Werkshalle Arbeiten für Privatfirmen durchführen konnten. Die Schließung der Justizanstalt Florids-

dorf hätte ursprünglich nicht mehr als drei Monate dauern sollen. Mittlerweile sind eineinhalb Jahre vergangen – genug Zeit, um eine Entscheidung zu treffen. Die Hilf- und Ratlosigkeit der Verantwortlichen scheint jede diesbezügliche Entscheidung zu verunmöglichen. Dabei gäbe es eine einfache Lösung: Das Gefangenenhaus Floridsdorf könnte unter Bedachtnahme auf die neue Sprengelverordnung, die 1997 in Kraft treten soll, der Justizanstalt Korneuburg zugeordnet werden, da diese einen erhöhten Kapazitätsbedarf haben wird. Dies ließe auch die Möglichkeit zu, einen Teil der erfahrenen und engagierten Bediensteten der Justizanstalt Floridsdorf, wie etwa Kommandanten, Abteilungsleiter oder Sozialdienst-Mitarbeiter, wieder in ihrem Bereich einzusetzen. Möglicherweise aber fehlt die politische Basis, um solch einen Vorschlag zu realisieren. Ein Grund mehr, Mißstände wie diesen aufzuzeigen und Lösungsansätze zu bieten.

Peter Dana

**Aktionsgemeinschaft
Unabhängiger und
Freiheitlicher**



1010 Wien
Bartensteingasse 14/9
Telefon (0222) 406-75-15,
Telefax (0222) 406-75-15-23

*„Deine ehrliche Interessenvertretung
im öffentlichen Dienst“*



**Unter
uns
gesagt**

Der Mantel der Verschwiegenheit

Die Justiz und alle damit verbundenen Arbeitsbereiche wie Verwaltung, Gerichtsbarkeit oder Justizwache, gehört zu den heikelsten Bereichen in Österreich. Darum ist es verständlich, daß dieser Bereich so sensibel wie möglich behandelt werden sollte. Vor allem muß alles nach außen korrekt und sauber sein, um das Vertrauen der Staatsbürger in die Justiz zu bewahren.

Trotzdem muß es gestattet sein, ab und zu einen Blick unter den Mantel der Verschwiegenheit zu werfen – denn da gibt es einige Dinge, die einer genaueren Betrachtung lohnen. Denn nicht alles im Bereich der Justiz – speziell bei der Justizwache – funktioniert so konfliktlos, wie es oft scheint.

Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben der Personalvertretung, die vor allem die AUF immer wieder wahrnimmt: Gewisse Dinge müssen einfach ans Licht gebracht werden, damit so möglicherweise eine Lösung von bestehenden Problemen herbeigeführt werden kann. Einige Male ist dies bereits gelungen, wie etwa in der Frage der Ausrüstung der Justizwache, bei der Verschwendung von Steuergeldern für Ministerialräte oder beim Arbeitsentgelt für Häftlinge. Ab und zu ist die AUF allerdings auch gescheitert.

Obwohl diese Aufgabe nicht leicht ist und von vielen Seiten Druck ausgeübt wird (so etwa vom Ministerium, von der Anstaltsleitung, der FSG, der FCG etc.), wird die AUF ihre Linie beibehalten. Denn es gibt noch jede Menge Probleme, die einer Lösung bedürfen, wie beispielsweise die Frage der Sonderdienste, das Problem der Bewaffnung von Justizwachebeamten, Fehler im Strafvollzug, Postenschacher und linksliberale Einflüsse im Justizministerium und andere mehr.

Solang es die AUF-Justizwache gibt, wird sie sich um solche Dinge kümmern.

Friedrich Böhm

Justizwache kontra Sonderdienste

Bereits in der letzten Ausgabe des „Blaulichts“ wurde über die Differenzen zwischen Justizwachebeamten und Sonderdiensten berichtet. Am Beispiel der Justizwacheanstalt Wien-Josefstadt sieht man diese Differenzen sehr deutlich. Hier zu vermitteln und dabei auch das Arbeitsklima in der Anstalt zu verbessern, wäre für engagiertere Personalvertreter eine Möglichkeit, sich zu profilieren.

Dazu allerdings ist es notwendig, sich auch mit den Ursachen für diese Konflikte zu beschäftigen, die etwa in der völlig verschiedenen Ausbildung der Sonderdienstmitarbeiter und der Justizwachebeamten liegen – was die spätere Einstellung zur Arbeit entscheidend prägt. Die Ausbildung für Sonderdienst-Mitarbeiter ist in erster Linie durch das Stichwort „Helfen“ geprägt. Egal, ob es sich um den Krankenpflagedienst, den sozialen oder psychologischen Dienst oder auch um die katholische oder evangelische Fürsorge handelt: Die Aufgabe all dieser verschiedenen Dienste ist es, zu helfen und zu unterstützen. Was bei den Sonderdiensten allerdings manchmal

vergessen wird, ist, daß die Mitarbeiter nicht nur den Häftlingen helfen und sie unterstützen sollen, sondern daß sie ihre Funktion auch gegenüber dem Justizwachebeamten wahrnehmen sollen – der rund um die Uhr mit verschiedenen, schwierig zu behandelnden Häftlingen zu tun hat.

Hilfe auch für Justizwachebeamte

Es ist heute keine Frage mehr, daß ein Krankenpflagedienst sowie ein gut ausgebildetes Ärzteteam notwendig sind, um die gesundheitliche Vorsorge und medizinische Versorgung des Häftlings sicherzustellen. Die



Viele Schwierigkeiten sind schon in der unterschiedlichen Ausbildung von Pflegepersonal und Justizwachebeamten bedingt.

Zeiten, in denen nur der Kerkermeister gelegentlich für frisches Stroh sorgte und die Gefängnis-kost verabreichte, liegen zum Glück weit zurück.

Geblichen ist allerdings die grundlegende Aufgabe der Justizwacheanstalten: Nämlich, die eines Vergehens oder Verbrechens Beschuldigten sicher zu verwahren, die schließlich aufgrund gerichtlicher Entscheidungen festgehalten werden. Eine Aufgabe, die angesichts der derzeitigen Gesetzeslage nicht immer einfach zu erfüllen ist. So leiden etwa viele Insassen von Justizwacheanstalten unter mehr oder minder schwe-

ren Persönlichkeitsstörungen bis hin zu echten Geisteskrankheiten, für deren Behandlung der Justizwachebeamte nicht ausgebildet ist. Genau hier sollten die Sonderdienste auch den Justizwachebeamten hilfreich beistehen. Neben der wichtigen Aufgabe, den kranken Insassen zu helfen, darf auch der Auftrag der sicheren Verwahrung nicht vergessen oder zurückgestellt werden. Wer in der Justizanstalt seinen Arbeitsplatz hat, darf nie vergessen, wo er sich befindet – und der Glaube an das Gute im Menschen muß zeitweise, so schwer es auch sein mag, zurückgestellt werden, wenn es etwa um die konkrete Bedrohung anderer Menschen geht.

Resozialisierung funktioniert nicht immer

Der Resozialisierungsgedanke, der noch aus der Ära von Justizminister Christian Broda stammt, ist zwar grundsätzlich nicht falsch, kann aber nur auf verhältnismäßig wenige Insassen der Strafanstalten angewandt werden. Das beweisen nicht zuletzt die verschiedenen Strafregistrauszüge, die viele Resozialisierungswünsche als zwar schöne, aber unrealisierbare Utopien enttarnen. Zwar ist bei den Justizwachebeamten das „Helfersyndrom“ seltener anzutreffen als bei Angehörigen der Sonderdienste, was aber auf der anderen Seite nicht heißen soll, daß Justizwachebeamte nicht über die Schwierigkeiten der Häftlinge Bescheid wissen. Tatsächlich ist es allerdings im Berufsalltag eines Justizwachebeamten, der nicht selten Gefahrensituationen ausgesetzt ist, weit schwieriger, die Hilfe für die Insassen in der Vordergrund zu stellen: Plötzliche Ereignisse erfordern rasche Reaktionen, die nicht aus grundsätzlicher Menschenfeindlichkeit oft rauh ausfallen, sondern aus der unmittelbaren Notwendigkeit einer Bedrohung.

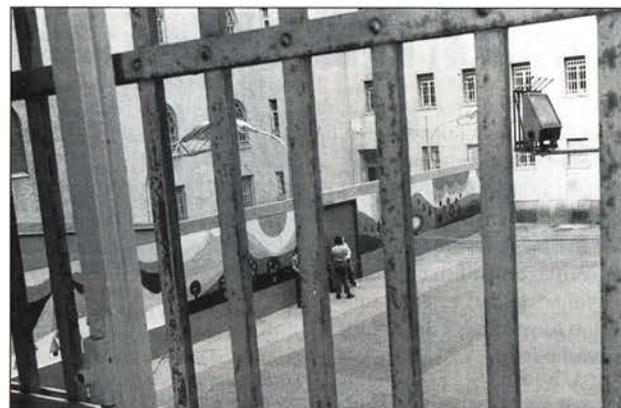
Härteres Auftreten notwendig

Ein weiterer Grund für die tiefe Kluft zwischen Justizwachebeamten und Angehörigen der Sonderdienste mag darin liegen, daß bei den Sonderdiensten mehr weibliches Personal tätig ist. Ohne den Konflikt zwischen den Geschlechtern anheizen zu wollen, bleibt das Faktum, daß viele Justizwachebeamte fälschlicherweise der Meinung sind, der Strafvollzug sei nur etwas für sogenannte „richtige Männer“. Tatsächlich allerdings darf man nicht leugnen, daß der Beruf des Justizwachebeamten ein ganz anderes, oft bestimmteres und härteres Auftreten gegenüber den Häftlingen erfordert als dies beispielsweise bei einer Krankenschwester der Fall ist.

Spannungen gibt es auch zwischen jüngeren Justizwachebeamten und älteren Mitarbeitern der Sonderdienste. Meist haben Justizwachebeamte und Sonderdienst-Mitarbeiter in vielen Dienstjahren gelernt, miteinander auszukommen, während jüngere Justizwachebeamte mangelnde Erfahrung oft mit übertriebener Härte wettmachen. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, daß manche Justizwachebeamte sehr jung sind und es für sie ganz und gar nicht einfach ist, plötzlich mit einer Reihe von Häftlingen konfrontiert zu werden. Ein Fall, in dem auch der Justizwachebeamte mindestens so viel Hilfe und Unterstützung seitens der Sonderdienste bräuchte wie der Häftling.

Schließlich macht sich auch in den Strafanstalten eine gewisse Kommunikationsunfähigkeit bemerkbar: Man redet zuwenig miteinander, Justizwachebeamte und Sonderdienst-Mitarbeiter leben meist nebeneinander her. Es sollte doch manchmal die Zeit sein, verschiedene Ansichten auszudiskutieren und nicht gegeneinander zu arbeiten. Eine Aufgabe, bei der vor allem die Personalvertreter gefordert wären: Sie könnten den Dialog zwischen den Justizwachebeamten und den Angehörigen der Sonderdienste einleiten – damit aus einem Gegeneinander endlich doch ein Miteinander werden kann.

Thomas Szraka



Zivildienst in Justizanstalten?

Seit Oktober leistet in der Justizanstalt Göllersdorf ein Zivildienstler seinen Dienst ab – trotz der Tatsache, daß Zivildienstler jede Gewalt und das Tragen einer Waffe ablehnen. So ist es im Grunde nicht vereinbar und auch kaum zu verantworten, Zivildienstler in derart sensiblen Bereichen einzusetzen. Zwar sollte man meinen, daß seit dem Mord an der Psychologin Veronika Kreuziger in Göllersdorf ein Umdenken in Bezug auf die Sicherheit in Justizanstalten eingesetzt hat, der Einsatz von Zivildienstlern im Justizwachebereich beweist jedoch das Gegenteil. Vielleicht aber sollen Zivildienstler auch als Ersatz für nicht mehr nachbesetzte Planstellen dienen, da ja für Nachbesetzungen kein Geld mehr vorhanden sein soll. (In diesem Zusammenhang erscheint ein „Kurier“-Zitat interessant: „Während andere Beamte aus Sparpakets-Gründen die Gürtel enger schmälern, pflegt man im Wiener Justizministerium eigenwillige Bräuche: Über Nacht wurden 46 Beamte zu Chefs und verdienen bis zu 40 Prozent mehr.“) Unbeantwortet bleibt auch die Frage nach der Amtsverschwiegenheit eines Zivildienstlers nach Ableistung seines Zivildienstes. Kann er dann ungehindert über alle Interna der Justizanstalt sprechen? Ist er für den Schlüssel im Gesperrte, der ihm laut Anstaltsleiter ausgeteilt wird, verantwortlich? Wie reagiert er auf Gewaltandrohungen durch Häftlinge? (Bleibt zu hoffen, daß er nicht auf die

Idee kommt, dem Häftling den Schlüssel auszuhandigen!) Wer ist verantwortlich, wenn einem Zivildienstler im Gesperrte etwas zustoßt? Wird die Justizwache zur Verantwortung gezogen, obwohl ihr laut Zivildienstgesetz keinerlei Anordnungsbefugnis zusteht? Sicher ist nur, daß die Exekutive, die auch für die Sicherheit des Zivildienstlers verantwortlich ist, diesem keine Weisungen erteilen kann und darf. Mit ziemlicher Sicherheit wird auch kein Strafregistrauszug eingeholt, da dies im Zivildienstgesetz nicht vorgesehen ist.

Obwohl ich beileibe kein Feind des Zivildienstes bin, kann ich für einen Zivildienstler in Justizanstalten kein Verständnis aufbringen. Eher betrachte ich ihn als permanentes Sicherheitsrisiko und als Belastung für die Bediensteten. Zudem ist nicht auszuschließen, daß die Insassen einer Justizanstalt ein gewisses Gewaltpotential mitbringen, weshalb es für einen Zivildienstler ein Widerspruch sein muß, in einer Justizanstalt zu arbeiten. Zivildienstler sollten in Institutionen wie Altersheimen, Krankenhäusern oder beim Rettungswesen eingesetzt werden, nicht jedoch in Bereichen, wo Gewalt jederzeit ausbrechen kann – Gewalt, die nicht nur mit der Überzeugung des Zivildienstlers nicht vereinbar sein dürfte, sondern die ihm auch ganz konkret an Leib und Leben bedrohen kann.

Siegfried König

Waffen-Träger

Angehörige des Bundesheeres, Polizeibeamte, Gendarmen, Zollwachebeamte und Justizwachebeamte dürfen in Österreich Waffen tragen. Aber um mit diesen Waffen ordentlich umgehen zu können, bedarf es einer fundierten Ausbildung – die der Justizwache fehlt.

Seit einiger Zeit wird versucht, die Justizwache besser auszurüsten. Das begann mit der Ablösung der M1-Karabiner (die bereits den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatten) durch das Steyr StG 77, das als ausgezeichnete Waffe anerkannt ist. Eine gute Waffe braucht auch gute Munition. Im konkreten Fall wurde beschlossen, Munition anzuschaffen, die möglichst wenig Schaden anrichten kann, da sich die meisten Justizwacheanstalten nahe an bewohntem Gebiet befinden und die Gefährdung von Anrainern so weit wie möglich ausgeschlossen werden sollte. Also wurde die Idee geboren, sogenannte „Kurzbahnmunition“ anzuschaffen. Diese gibt es bei verschiedenen Armeen (allerdings nicht beim österreichischen Bundesheer) für jene Schießplätze, die nur über einen kleinen Sicherheitsbereich verfügen. Die Munition hat ein sehr leichtes Geschoß und daher nur eine geringe Höchstschußweite, ist allerdings auch nur für Ausbildungszwecke geeignet, für die sie entwickelt wurde. Als Einsatzmunition wird sie nur bei der österreichischen Justizwache verwendet. Ihre Eigenschaften – geringe Stoppwirkung, trotzdem auf nächste Entfernung tödlich wirkend und auch nicht gerade billig – machen sie allerdings für den Einsatz eher unpraktisch.

Probleme bei der Ausbildung

Eine gute Waffe mit nicht ganz so guter Munition ist also vorhanden – das Problem ist jedoch die Ausbildung, wobei gerade im Umgang mit einer Waffe die Beherrschung derselben durch den Schützen absolut notwendig wäre.



So kann etwa eine Zufuhr- oder Auswurfhemmung (zu der es bei Verwendung nicht optimaler Munition kommen kann) manchmal nur behoben werden, indem man die Waffe teilweise zerlegt – was während eines Einsatzes so schnell wie möglich geschehen muß. In der Justizanstalt Josefstadt allerdings sind vielleicht zehn von hundert Beamten in der Lage, ihre Waffe schnell genug wieder einsatzfähig zu machen.

Ausbildung muß mehr sein, als einmal im Jahr auf eine Scheibe sitzend aufgelegt zu schießen – wobei die Scheibe noch dazu völlig stillhält. Wenn die Justizwache demnächst – wie bereits angekündigt wurde – mit einer Glock-17-Pistole ausgerüstet werden soll, wird die Frage der Ausbildung noch brisanter. Ein paar Unterrichtsstunden und einmal pro Jahr Training an der Scheibe sind hier einfach zu wenig.

Zu hoffen bleibt derzeit nur, daß kein Justizwachebeamter jemals in eine Situation kommt, die einen schnellen und sicheren Waffengebrauch erforderlich macht – denn im Ernstfall ist zu befürchten, daß die Beamten gegenüber ihren Gegnern hoffnungslos im Nachteil sind. Unsicherheit in der Bedienung der Handfeuerwaffe kann aber in einer solchen Lage das Leben kosten.

Schießanlage ist schon renovierungsbedürftig

Die Schießanlage in der Justizwachschiele hat die letzten Jahre nicht überstanden: Sie wurde bereits mit der ohnehin schwachen 7,65 mm Munition demoliert und muß nun um teures Geld schon wieder renoviert werden. Vor kurzem allerdings war zu hören, daß bei der Justizwache kein Bedarf für die Mitbenützung der Schießanlage der Zollwache bestehe – eine ausgezeichnete Anlage, die auch von

der Polizei und dem Bundesheer benützt wird. Hier wäre eine gute Möglichkeit für Justizwachebeamte, den Umgang mit der Waffe zu trainieren – aber diese Option wird einfach abgelehnt. Auch andere Schießanlagen von Bundesheer, Polizei oder Zollwache bieten mehr Möglichkeiten als jene des bloßen Schießens auf Ringscheiben. Schließlich ist bekannt, daß sich ein Großteil der Feuergefechte auf Entfernungen zwischen drei und sieben Metern abspielt – eine Situation, die unbedingt vorher geübt werden müßte, um den Beamten nicht unvorbereitet in die Gefahr tappen zu lassen. Keine Frage, daß sich auch Beamte finden würden, die eine entsprechende Ausbildung anbieten könnten, wie dies etwa bei der RMS-Ausbildung der Fall war. Eigeninitiative wird in diesem Fall wieder einmal gefragt sein – von „oben“ wird kaum etwas kommen.

„Laß dich überraschen“

Offen bleibt die Frage, wer die Munition für die Glock-Pistolen aussuchen wird. Die bei der Polizei verwendete Teilmantel-Munition, die eine gute Stoppwirkung, aber nicht die hohe Durchschlagskraft einer Vollmantelmunition hat, wurde bereits als zu teuer abgelehnt. Vermutlich wird eine billigere Vollmantelmunition gekauft, die eine Gefährdung Dritter durch Durchschüsse und Querschläger möglich macht, obwohl es einige speziell für den Polizeieinsatz entwickelte Munitionsarten gibt, wie etwa Geco Action, MEN Quick Defense oder MEN „Frangible“, bei der es keine Querschläger mehr gibt. Aber auch in dieser Frage wird die Justizwache wohl noch weiter nach dem „Rudi-Carell-Prinzip“ arbeiten müssen: „Laß dich überraschen“.

Thomas Szraka

Geiselnahme in der Grazer Karlau

Die Geiselnahme in der Justizanstalt Graz-Karlau sorgte vor wenigen Wochen für Aufregung. Dank der Geistesgegenwart der eingesetzten Exekutivbeamten konnte sie unblutig beendet werden. Nun versucht man, die Schuld bei jenen beiden Justizwachebeamten zu finden, die schwer verletzt wurden...

Karlau: Mörder lieferte Messer und Sprengsatz

207 Justizwachebeamte sind in der Justizanstalt Graz-Karlau beschäftigt, im Tagdienst sind rund 120 Wachebeamte eingeteilt. Zahlen, die in krassem Gegensatz zur Anzahl der Häftlinge stehen: Über 540 Strafgefängene müssen in der Anstalt Karlau überwacht werden. Besonders schlimm ist die Lage in der Sicherheitsabteilung C1: Wegen Personal mangels und Einsparungsmaßnahmen ist dort derzeit nur ein einziger Justizwachebeamter eingeteilt, obwohl in

teilungen ohne ausreichende personelle Besetzung geführt werden.

Im Namen der AUF ist es mir ein Anliegen, allen bei der Geiselnahme in Graz-Karlau eingesetzten Exekutivbeamten, insbesondere jenen des Mobilien Einsatzkommandos, der Anti-Terror Einheit Kobra und der Grazer MEK, meinen Dank für ihren mutigen und erfolgreichen Einsatz bei der Befreiung der Geiseln auszusprechen. Danken möchte ich auch dem Personal der Strafanstalt: Nur durch den vorbildlich schnellen Einsatz der anwesenden Bediensteten konnte verhindert werden, daß noch mehr Geiseln genommen wurden. Und das, obwohl manche der Bediensteten bereits mehr als 20 Stunden im Dienst waren.

Christian Harzl
Personalvertreter JA Graz-Karlau

Die beiden Justizwachebeamten, die im Zuge der Geiselnahme schwer verletzt wurden (sie müssen für längere Zeit im Spital bleiben) sollen nun für den Vorfall verantwortlich gemacht werden – obwohl es beim Dienstgeber läge, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen so etwas gar nicht möglich ist. Tatsächlich haben sich die beiden Justizwachebeamten bei der Geiselnahme vorbildlich verhalten – sich nun an ihnen quasi „abzuputzen“, kann und darf nicht der Weisheit letzter Schluß

sein. Stattdessen wäre es nötig, endlich die personellen Schwierigkeiten in Graz-Karlau zu beseitigen, zumal gerade diese Justizwacheanstalt Unterbringungsort für besonders gefährliche Kriminelle ist.

Denn seit vor rund zwei Jahren eine Außensicherung mit NATO-Draht, Kameras und Melder geschaffen wurde, ist Flucht für die Häftlinge praktisch unmöglich. Da die Karlau somit das sicherste Gefängnis Österreichs ist, werden hier bevorzugt Schwerverbrecher, Terroristen, Mörder und geistig abnorme Schwerverbrecher untergebracht. Deren einzige Möglichkeit der Flucht besteht nun in einer Geiselnahme.

Über die Notwendigkeit, die Abteilungen in Graz-Karlau stärker zu besetzen, können keine schönen Worte hinwegtäuschen. Die Bewachung muß verschärft werden, damit eine Geiselnahme nie wieder passieren kann.

Christian Harzl

Kampfansage in Karlau: „Dienst nach Vorschrift“

dieser Abteilung nur Schwerverbrecher wie Terroristen, Mörder, Gewaltverbrecher und besonders gefährliche Kriminelle untergebracht sind. Ähnlich die Situation in der Abteilung B1, wo sich ein Justizwachebeamter um sämtliche geistig abnormen Rechtbrecher kümmern muß, oder in der Abteilung A2, wo ebenfalls nur ein Beamter für die Bewachung der besonders gefährlichen Verbrecher zuständig ist. Seitens des Justizministeriums wurde nach der Geiselnahme eine Untersuchungskommission eingesetzt, um wieder einen Schuldigen zu finden – obwohl sowohl das Ministerium als auch die Anstaltsleitung seit mehreren Jahren tatenlos zusehen, wie die oben erwähnten Ab-



Standlhof



Willkommen im Standlhof. Unser Haus bietet Ihnen alle Vorteile eines familiär geführten Betriebes. Erleben Sie die vielen Sommer- und Wintersportmöglichkeiten - die vielen Wanderwege und Almen des vorderen Zillertales.

Außerdem im Haus:

- Finnische Sauna • Erlebnis-Sauna
- Solarium • Whirlpool
- Café Pub



Fam. Eberharter
A-6271 Uderns 44
Zillertal/Tirol
Tel. 05288/2968 · Fax: 29682

★★★★ Parkhotel

Familie Höllwarth-Jansen
6100 Seefeld, Tirol Telefon 05212/2484 oder 2775

Das rustikale Urlaubshotel für den anspruchsvollen Gast. Genießen Sie die familiäre Atmosphäre und die von vielen Stammgästen geschätzte Küche. Neben komfortablen Gästezimmern mit Bad/Dusche, WC, Radio, Kabel-TV, Direktwahltelefon, verfügt unser Haus über Hallenbad mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium, Kneippanlage, Massage und Tagesbar. Großzügige Parkanlage mit Liegewiese und Sonnenterrasse. 5 Gehminuten vom Zentrum entfernt.



Fam. Hiltolt • A-6100 Seefeld/Tirol
Tel. 05212/2419 Telefax 2419-93
Europavorwahl: 0043-5212...



- für: • umweltschonende • versorgungssichere • komfortable
- zukunftsichere • wirtschaftliche

HEIZLÖL EXTRALEICHT WÄRME

HECHENBICHLER ERDÖLPRODUKTE Ges.m.b.H. • 6122 Fritzens • Tel. 05224 / 52 6 45
PREISGÜNSTIGE SPURT-TANKSTELLE IM TANKLAGER FRITZENS, AUSTRASSE 51

HOTEL KRISTALL

Haus der gepflegten Gastlichkeit

6103 Reith bei Seefeld • Auland 67
Tel. 05212/3183 • Fax 05212/3183-31

Auf Ihr Kommen freut sich Fam. Schwemberger



Ausflugsziel - Jausenstation Parditschhof
1643 m

für alle Naturfreunde mit Blick ins Engadin und zum Ortler. Heimische Küche mit Produkten aus der eigenen Landwirtschaft. Auf Ihren Besuch freut sich Fam. Hans Zegg jun., 6543 Nauders 165, Tel. 05473/339



Gasthof Restaurant Fleischhauerei
Metzgerwirt

FAMILIE H. & M. HUNDSBICHLER · LAIMACH 6B · A-6283 HIPACH · ZILLERTAL · TIROL

GENDARMERIE



Ein Schildbürgerstreich?

Während die Bevölkerung unter dem Sparpaket zu leiden hat, werden Millionen für neue Gendarmerschilder ausgegeben. Eine sinnlose Investition, wie die AUF meint.



Mit einem gerade in Zeiten des Sparpaketes astronomisch anmutenden Kostenaufwand von 4,7 Millionen Schilling wurden nun die „Firmenschilder“ an Gendarmereidienststellen blitzartig ausgewechselt. Die in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung gelieferte Begründung dafür lautete, daß die Schilder nur beklebt bzw. bereits nach kurzer Zeit stark verwittert waren, und daß nicht Ortsunkundige durch die einheitliche Kennzeichnung der Polizei- bzw. Gendarmereidienststellen die Dienststellen leichter auffinden könnten. Entgangen dürfte den Verantwortlichen

dabei allerdings sein, daß der Schriftzug „Gendarmereie“ auf den traditionellen Schildern ebenso leicht zu finden war wie auf den neuen. Zudem hängt erfahrungsgemäß das Auffinden einer Gendarmereidienststelle weniger vom Schild an der Hausmauer der Dienststelle selbst ab – vielmehr richten sich die meisten Suchenden nach den Hinweisschildern im Straßenverkehr (blauer Pfeil mit Schriftzug „Gendarmereie“). Zudem wurde mit dem Auswechseln der Schilder wieder ein Stück Tradition in Österreich mutwillig entfernt.



jw



Unter uns gesagt

Stellungnahme unerwünscht

Es ist üblich, daß, bevor ein Gesetz neu geschaffen oder abgeändert wird, verschiedene Institutionen aufgefordert werden, eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf abzugeben. So können rechtzeitig Unklarheiten aufgezeigt, Ungerechtigkeiten abgewendet und Ergänzungen eingebracht werden. Betrachtet man jedoch die gängige Praxis, so könnte man meinen, daß das Recht einer Stellungnahme nur jenen vorbehalten ist, die mit dem betreffenden Gesetz wenig bis gar nichts zu tun haben werden.

Zu dieser Meinung kommt man etwa, wenn man aus den Medien erfahren muß, daß ohne eine Stellungnahme der Personalvertretung das Disziplinarrecht und das Wachbediensteten-Hilfsleistungsgesetz geändert werden sollen. Auch wird zwar in den Medien über ein Bundesangestelltengesetz (BANG), das das Beamtendienstrecht ersetzen soll, diskutiert – die Personalvertretung bekommt aber nicht einmal einen Entwurf zu Gesicht, um sich entsprechend vorbereiten zu können. Dabei handelt es sich um Gesetze, die die Beamten nicht nur direkt betreffen, sondern auch erhebliche Nachteile für sie beinhalten.

Es könnte aber auch sein, daß bei heikleren Gesetzen lieber der Verein „Gewerkschaft“ und nicht das gesetzlich gewählte Kollegialorgan „Personalvertretung“ um eine Stellungnahme gebeten wird. Vermutlich deshalb, weil erfahrungsgemäß von der regierungstreuen Gewerkschaft kaum Widerstand zu erwarten ist – zum Leidwesen aller Beamten.

Josef Wagenthaler

Kurinstitut Stumm



Das Kurinstitut Stumm verfügt über die modernsten Geräte auf dem Gebiet der physikalischen Medizin.

Das Hauptaugenmerk der therapeutischen Maßnahmen liegt vor allem im Bereich der allgemeinen Aufbrauchserscheinungen der Gefäße und des Stütz- und Bewegungsapparates.

Im Speziellen werden Wirbelsäulenerkrankungen, periphere Durchblutungsstörungen, sowie Störungen des peripheren Nervensystems behandelt. Auch Folgezustände nach Apoplexien und Herzkrankheiten fallen unter die behandelten Indikationen.

Eine Reihe von Bädern ergänzt das reichhaltige Programm des Kurinstitutes.

Unter ärztlicher Leitung erwartet Sie ein bestens ausgebildetes Team mit Physiotherapeut und Heilmasseur.

A-6272 Stumm im Zillertal, Tel. 05283 / 27 17 12

Kaltschmid's Tanz- und Unterhaltungsbetriebe

8 x in Seefeld/Tirol, 05212 / 2191

Gasthaus „Batzenhäusl“ mit Tiroler Musik

Erlebnishaus „Alt Seefeld“

„Britannia Pub“ mit Spielautomaten

Western Saloon „Buffalo“

Fun-Disco „Jeep“

Café-Restaurant „Am Kurpark“ mit Alleinunterhalter

Dancing „Tenne“ mit Live-Musik

Sport-Pub im Hotel „Alpenpark“ mit Kegelbahn



AXAMS · TIROL

A-6094 AXAMS · Georg-Bucher-Str. 34 · Tel. (0 52 34) 68804, 68803

Bei uns liegen Sie richtig...



Planungsbüro Dörferstraße 29

Holzhammer Wohnbaugm. b. H.

ABSAM 05223 - 52567 ext. 0664-3375073

gas - wasser - heizung
lüftung - schwimmbad
hans hell
GmbH & Co KG
planung - ausführung



A-6100 seefeld · riehlgweg 492

telefon (0 52 12) 24 27-0

telefax (0 52 12) 24 27-51

A-6094 axams · stafflerweg 3

telefon (0 52 34) 68 4 02

Gasthof Weiss

Inh. Artur Happ

6094 Axams - Tel. 05234 / 68126

Gutbürgerliche Küche

Schöner schattiger Schankgarten

Gasthof Gruberwirt

Götzens, Tel. 05234/33020

...die heimelige Atmosphäre, die gute Küche und die nette Betreuung sind einmalig.

Das sagen unsere Stammgäste. Probieren auch Sie, ob sie Recht haben!

Ihr

Stefan Gruber mit Mitarbeitern

GENDARMERIE



Personalvertretung kontra Dienststellenleiter

Ein Dienststellenausschuß hat sich in seinen Rechten eingeschränkt bzw. verletzt gefühlt und deshalb gegen den Bezirksgendarmeriekommandanten eine Beschwerde bei der Personalvertretungs-Aufsichtskommission (PVAK) eingebracht. Die PVAK hat beschlossen (A34-PVAK/96), daß der Bezirkskommandant die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetz verletzt hat.

Gemäß Paragraph 10 Abs. 4 PVG hat sich der Leiter der Dienststelle auf Verlangen des Dienststellenausschusses mit diesem über Anträge, Anregungen und Vorschläge dieses Ausschusses zu beraten; einem solchen Verlangen ist binnen zwei Wochen Rechnung zu tragen. Gemäß Abs. 5 hat der Leiter der Dienststelle, wenn eine Verständigung im Sinne des Paragraph 9 Abs. 1 oder ein Einvernehmen im Sinne des Paragraph 9 Abs. 2 nicht zustandekommt, oder er den schriftlichen Einwendungen des Dienststellenausschusses binnen zwei Wochen nicht in vollem Umfang entspricht, dies dem Dienststellenausschuß unter Angabe der Gründe ohne unnötigen Aufschub schriftlich bekannt zu geben. Auf Verlangen des Dienststellenausschusses hat er die Angelegenheit im Dienstwege der sachlich zuständigen übergeordneten Dienststelle vorzulegen. In den drei Beschwerden im gegenständlichen Fall hat der Dienststellenausschuß ausdrücklich ein Beratungsgespräch verlangt. Der Bezirksgendarmeriekommandant hätte diesem Verlangen stattgeben

müssen und zwar selbst dann, wenn er der Meinung war, es handle sich um Angelegenheiten, in denen der Personalvertretung kein Mitwirkungsrecht zustehe (Schragel, Handkommentar zum PVG, Paragraph 10 Rz 26). Ein Gespräch, das der Kommandant vor der Sitzung des Dienststellenausschusses über die betreffende Angelegenheit geführt hatte, ändert nichts an seiner Verpflichtung, das verlangte Beratungsgespräch durchzuführen, ebensowenig Erklärungen des Landesgendarmeriekommandos, die Angelegenheit werde von dort aus geklärt. Der Bezirksgendarmeriekommandant hat daher das PVG dadurch verletzt, daß er die verlangten Beratungsgespräche nicht durchführte und die Angelegenheit nicht dem Landesgendarmeriekommando vorlegte.

Gemäß Paragraph 10a PVG hat der Leiter der Dienststelle den Personalvertretern die Einsicht und Abschriftnahme (Ablichtung) der Akten oder Aktenteile oder der automationsunterstützt aufzeichneten Dienstnehmerdaten zu gestatten, deren Kenntnis zur Erfüllung der

der Personalvertretung im Paragraph 9 übertragenen Aufgaben erforderlich ist. Der Dienststellenausschuß hat daher auch ein Recht, in die Dienstpläne des Bezirksgendarmeriekommandos Einsicht zu nehmen, sodaß auch in diesem Punkt das Personalvertretungsgesetz verletzt wurde.

Gemäß Paragraph 9 Abs. 2 lit. b PVG ist mit dem Dienststellenausschuß bei der Erstellung und Änderung des Dienstplanes das Einvernehmen herzustellen. Der Bezirksgendarmeriekommandant verletzte daher auch insoweit Bestimmungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes, als er bei Änderung des Dienstplanes dahingehend, daß keine 24-Stunden-Dienste mehr verrichtet werden durften, dem Dienststellenausschuß kein Mitwirkungsrecht einräumte. Auch eine Weisung der übergeordneten Dienststelle hinsichtlich des Dienstplanes ändert nichts am Mitwirkungsrecht der Personalvertretung (vgl. Schragel a.a.O., Paragraph 3 Rz 16).

jw.

Reform des Disziplinarrechts

Mit 1. Jänner 1998 sollen die neuen Bestimmungen des Disziplinarrechtes in Kraft treten. Diese geplante Neuerung bringt jedoch eine Reihe von für den Beamten nachteiligen Änderungen mit sich:

- So wird in Zukunft die Durchführung einer mündlichen Verhandlung auch in Abwesenheit des Beschuldigten möglich sein. Bisher war dies nur möglich, wenn der Beschuldigte unentschuldigt dem Verfahren fern blieb.
- Entlassungstatbestände werden damit normiert, daß die Disziplinarstrafe der Entlassung insbesondere

auszusprechen ist, wenn ein Beamter sich einer besonders schweren Dienstpflichtverletzung schuldig gemacht hat, die ihn für das Vertrauen des Dienstgebers unwürdig erscheinen läßt, sodaß er für eine Weiterbeschäftigung untragbar geworden ist.

- Für eine Entlassung soll das Prinzip der Einstimmigkeit in der Disziplinarkommission beseitigt werden.
- Eine Disziplinarstrafe kann auch dann verhängt werden, wenn der Betriebsfriede gestört wird. Darunter ist zu verstehen, daß Beschimpfungen, Verspottungen oder unsachliche Aussagen eines Beamten gegenüber

seinen Vorgesetzten oder Mitarbeitern einen Disziplinaratbestand darstellen.

- Die Geldstrafen werden auf zwölf Monatsbezüge erhöht (derzeit fünf Monatsbezüge).

Der Preis, für den die Gewerkschaft einer solchen Gesetzesänderung ihre Zustimmung gibt, ist unbekannt - sollte sie gar nicht eingebunden sein, ist auch diesbezüglich keine Äußerung der Gewerkschaft bekannt. Denn die Gesetzesänderung beinhaltet fast ausschließlich Verschlechterungen für die Beamten und berücksichtigt etwa die Forderung nach Verjährung einer Disziplinarstrafe (diese bleibt derzeit im Personalakt, darf aber nach fünf Jahren nicht mehr in die Beurteilung einbezogen werden) auf keinen Fall.

jw.

Gasthof Eder



Neben einem Restaurant bieten wir auch großzügige Komfortzimmer mit Wohndiele, Bad, WC und TV. Ferienwohnungen von 2 bis 16 Personen und Wohnungen mit 1, 2 bzw. 3 und 4 getrennten Schlafzimmern mit Wohnzimmer, Küche, Bad, WC und SAT-TV.
Gasthof Eder, 6283 Ramsau i. Zillertal, Tel.: 05282/2961 Fax: 29614



**FERIENHOTEL
 FAMILIE WILDAUER**
 A-6280 ZELL AM ZILLER
 ROHRERSTRASSE 47
 Tel. 05282/7126, Fax 7176-55

FERIENHOTEL Sonnenhof

Im Herzen des Zillertales
 Ideales Urlaubsziel für jung und alt • familienfreundlich geführtes Hotel mit Bauernhof und Almbetrieb • Kinderspielhaus • Fitnessraum • TV-Raum • Billard • Tischtennis • Solarium • Sonnenterrasse • Liegewiese. Neu: Erlebnis + Vital sauna, Solebad, Dampfbad, Schwitz-Stube, Saunagarten + Saunaalm. Zimmer und Appartements individuell und geschmackvoll • Frühstücksbuffet • Menüwahl am Abend und Salatbuffet • verschiedene Hotelunterhaltungs- und Wanderprogramme.
Direkt am Schigebiet Kreuzjoch-Rosenalm.
 Für nähere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.
Familienhit: Kinder bis 12 im Elternzimmer gratis!

**INTERSPORT
 SPORHÜTTE-WEDL**

6105 Leutasch, Weidach 320, Tel. (05214) 6444

**Shops
 for
 Winners**

**OMV -TANKSTELLE
 ERNST OTT**
OMV ☎ 05 12/57 53 03
 6020 INNSBRUCK, INNRAIN 104

JETZT AN DEN WINTER DENKEN!
 Winterreifen zu günstigen Preisen.
 Reifensäcke gratis beim Kauf von neuen Winterreifen!

Gasthof Risserhof
 PENSION RESTAURANT

INTERNATIONALE Gerichte und Wildspezialitäten sowie Kaffee und hausgemachte Kuchen und Torten.
 Bei echter Tiroler Gemütlichkeit im Gasthof Risserhof.



A-6108 SCHARNITZ
 TIROL
 TELEFAX 0 52 13 - 52 92
 TELEFON 0 52 13 - 52 40

Bewußt genießen – natürlich essen
 in unserem Restaurant im Hotel
 am Anfang der Fußgängerzone in **Seefeld**, Tel. 05212/20 60



Tiroler Hausmannskost • Internationale Küche
 und unsere Spezialität:

BEEFSTONE

Essen vom heißen Speckstein - zurück zur Natur - für Ihre persönliche Grillparty am Tisch, in einer unserer Stuben - oder in unserem à la carte Restaurant „Wintergarten“

Eigene Senioren- und Kinderkarte
 Kommen Sie zu uns!

Familie Ötner und Mitarbeiter heißen Sie herzlich willkommen



Familie Ladurner

A-6180 Seis im Montafon • Völlingerweg 2
 Telefon 05556/72 630 • Fax 05556/72 630-45

GENDARMERIE



Ein „epochaler Erfolg“?

Mit der Änderung des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes löst sich ein „Erfolg“ der Gewerkschaft in Rauch auf.

Mit der Einführung des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes (WHG) im Jahr 1992 sollte sichergestellt werden, daß zumindest die unversorgte Hinterbliebenen eines im Dienst verunglückten Beamten eine Absicherung von rund einer Million Schilling erhalten. Die Einführung des Gesetzes wurde damals von der Gewerkschaft als großartiger Erfolg verkauft. Viele werden sich noch daran erinnern, wie seitens der Gewerkschaft verkündet wurde, es sei nun gelungen, daß der Staat für jene Kosten aufkomme, die dem im Dienst verletzten Beamten (bzw. seinen Hinterbliebenen) durch ein

Gericht zugesprochen würden – und zwar dann, wenn der Schadensverursacher nicht in der Lage sei, diesen zu begleichen.

Schon kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes stellte sich aber heraus, daß der weit aus überwiegende Teil derartiger Forderungen, nämlich das gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeld, nicht damit gemeint war. Denn „Schmerzen sind kein Schaden“, lautet der Grundsatz, von dem ausgegangen wird. Unter den Begriff „Schaden“ fallen hingegen Verdienstentgang, Heilkosten und Hilfsmittel, die von den gesetzlichen Versicherern (BVA) nicht getragen werden. Damit fallen bereits 99 Prozent der im Dienst geschädigten Beamten durch den Rost.

Mit dem Entwurf vom 1. Oktober 1996 ging man nun noch weiter: Es wurde

nicht nur zweifelsfrei geregelt, daß Schmerzensgeld kein Schaden im Sinne des WHG sei, sondern es scheint, als sei selbst die Million für Hinterbliebene zu hoch angesetzt worden. Daher wurde diese vom Alter abhängig gemacht. In Hinkunft gibt es für bis 30jährige das 96fache, für 31- bis 40jährige das 48fache, für 41- bis 50jährige das 24fache und für jene ab 51 Jahren gar nur mehr das 12fache der dem Hinterbliebenen für den ersten Monat nach seinem Tod gebührenden Versorgungsbezüge. Darunter fallen jene Bezüge, die der Hinterbliebene nach dem Tod des Beamten erhält, wie etwa die Witwen- oder Waisenrente. Damit hat sich einmal mehr ein sogenannter „epochaler Erfolg“ der Gewerkschaft in Rauch aufgelöst.

jw.

**Copart-Show 1996 –
 Das muß man gesehen haben...**



Am 12. November fand im Star-Club in Wien die Copart-Show 1996 statt. Im völlig überfüllten Albert-Sever-Saal lieferten die Künstler aus Polizeireihen, wie die City Cops, Marokko Stampeders, Vienna Police Brass, Wolfgang Kastel, Günther Kräffner, Richard Gilg, Georg Ragyoczy, Robert Grand und die „7 Feet Blues Ramblers“ ein Showprogramm vom Feinsten, wobei die hochklassigen Musikbeiträge von klassischer Musik bis hin zum Hard Rock, alle in diverse Showeinlagen verpackt waren.

Auch die malenden und zeichnenden Künstler der Polizei zeigten in einer Ausstellung ihre Werke, wobei Manfred Sat-

ist), Franz Pluskovich, Siegfried Paszner und Peter Melchart ohne weiteres auch als Künstler Karriere hätten machen können.

Die Veranstaltung wurde durch einen Auftritt von Hans Thessink, einem der weltbesten Blues-Sänger und Gitarristen,

besonders aufgewertet. Das Publikum, darunter auch die freiheitliche Sicherheits-sprecherin Helene Partik-Pablé und der ZA-Mandatar der Sicherheits-wache, Horst Binder, war von Thessinks musikalischem Können begeistert.

Ein großes Lob an den Chef der City Cops, Rein-

hard Gabriel, und den Chef der Marokko Stampeders, Ernst Köpl, die durch das gelungene Programm führten.

hb.

copart
 VEREIN KREATIVER GERECHTIGKEITEN

ke, Hans Stumpf, Peter Musek, Wilfried Schuster, Christian Doneis, Michael Hendrich (der „Blaulicht“-Lesern bereits durch seine Karikaturen bestens bekannt





Das Spiel mit Wind und Wellen

Immer größerer Beliebtheit erfreut sich in den letzten Jahren das Fahrtensegeln. Wer überfüllte Hotelanlagen und Massentourismus satt hat, ohne auf Komfort oder die Abwechslung pulsierender Touristenstädte während der gesamten Urlaubszeit verzichten zu wollen, ist mit einem Segelurlaub gut beraten.

Eines der schönsten Segelreviere der Welt ist die Türkei. Sie bietet mit ihren zahllosen einsamen Buchten und Stränden, deren vielfältiges Landschaftsbild kaum zu übertreffen ist, geradezu ideale Voraussetzungen für einen außergewöhnlichen Segeltörn.

Eines der Zentren für „Yachties“ ist die Stadt Göcek im nördlichen Teil des Golfs von Fethiye. Etwa zweieinhalb Stunden Flugzeit und zwanzig Minuten Bustransfer trennen Österreich von einem Segelrevier, das bei Anfängern und Fortgeschritten gleichermaßen beliebt ist. Insbesondere jene Segler, deren Ziel nicht wettkampfmäßiges „Meilenfressen“ ist, sondern die ein ausgeglichenes Verhältnis

zwischen Segelsport, Badeurlaub und Erholung abseits der animationsversuchten Touristenzentren suchen, ohne jedoch an Einsamkeitskoller zu erkranken, finden immer wieder den Weg hierher. Die unmittelbare Nähe zahlreicher Sehenswürdigkeiten, wie lykische Felsengräber oder die versunkene Stadt im Golf von Kekova, der etwa zwei gemütliche Tagesfahrten von Göcek entfernt liegt, bietet kulturinteressierten Gästen ein reichhaltiges Angebot.

Griechisches Flair gleich nebenan

Eine weitere Besonderheit bietet die un-



mittelbare Nähe Griechenlands. Die Inseln Kastelorizon (unmittelbar bei Kekova) und Symi (zwei Tagesfahrten westlich von Göcek) bieten griechisches Flair ohne Reiseformalitäten und sind für einen Kurzaufenthalt durchaus zu empfehlen. Weniger empfehlenswert hingegen ist ein Ausflug nach Rhodos oder Kos. Eine Flut von Formalitäten beim Ein- und Ausreisen, sowohl von griechischer als auch von türkischer Seite, kann dem Urlauber die Lust an einem Abstecher zu den Griechen gründlich verderben.

Etwa 15 Wochen habe ich selbst als Skipper in den letzten drei Jahren mit den ver-

schiedensten Crews in diesem Gebiet gebracht, und kenne trotzdem noch längst nicht jede Bucht oder jeden Bade- und Schnorchelplatz. Die Faszination des Segelns ist mit nur ganz wenigen Ausnahmen an allen Mitseglern hängen geblieben.

Es ist nicht leicht, die Empfindungen weiterzugeben, ohne dabei theatralisch zu werden. Zu stark und vielfältig sind die Emotionen, wenn das Schiff unter vollen Segeln durch das Wasser pflügt, die Ruhe nur vom Rauschen der Wellen und den Geräuschen des Windes unterbrochen wird. Unvergleichlich sind auch die Nächte, die in menschenleeren Buchten unter sternklarem Himmel meist an Deck verbracht werden können. Nicht nur „Kampfrinker“ wissen es zu schätzen, unter freiem Himmel zu schlafen. Das morgendliche Bad im Meer perfektioniert dieses etwas andere Lebensgefühl.

Naturverbundenheit mit allem Komfort

Moderne Segelyachten bieten allen Komfort, den man sich wünschen kann. Warmwasserduschen, Toiletten, Külschrank, ein Herd mit Backrohr, eine Badeplattform mit Süßwasserdusche, eine Stereoanlage, sowie elektronische Hilfsmittel zur Navigation gehören heute zur Standardausrüstung. Normalerweise ist auch ein Außenbordmotor für das Beiboot sowie eine Rollreiffanlage für Vor- und Großsegel vorhanden. Die Preise pro Person bei Belegung der

vorgesehenen Schlafplätze bewegen sich je nach Saison inklusive Flug und Transfer bei etwa 8.000 bis 10.000 Schilling für eine Woche.

Tips und Tricks für Segelfans

Sollte jemand auf den Geschmack gekommen sein – hier einige Tips für den Törn:

- Ersteinsteigern würde ich zu einem einwöchigen Törn raten. Man muß sich auch bewußt sein, daß man mit den Mitseglern während des Urlaubes auf relativ kleinem Raum zusammen ist. Ohne Verständnis und gegenseitige Akzeptanz kann es zu Problemen kommen.
- Keine Angst vor Seekrankheit! Ein gewissenhafter Skipper, der rechtzeitig auf aufkeimende Übelkeit eines Crewmitgliedes aufmerksam gemacht wird, kann darauf reagieren.
- Eine punktuelle Törnplanung sollte vermieden werden. Darüber gehen die Meinungen zwar auseinander, jedoch glaube ich, daß dadurch ein gewisser Zugzwang entsteht. Außerdem kann es zu Spannungen kommen, wenn ein Teil der Crew auf der geplanten Fahrt route besteht, der andere Teil jedoch lieber beispielsweise einen Bade- oder Einkaufstag einlegen möchte.
- Wichtig ist es, ausreichende Informationen über das Schiff einzuholen. In Göcek, wie auch in vielen anderen Gegenden der Türkei, werden Segelyachten zwischen neun und 15 Metern Länge in den verschiedensten Ausstattungsvarianten angeboten. Die EGG (Eignergemeinschaft Göcek) bietet beispielsweise für Familienurlaube in der Hochsaison Sonderkonditionen an. Ortskundige Skipper können im Regelfall gegen Aufpreis zur Verfügung gestellt werden.
- Sollte jemand die Absicht haben, selbst das Küstenpatent zu machen, so bietet der PSV Wien, Sektion Yachtsport, dazu Gelegenheit.

Helmut Kamehl

Auskünfte und Informationen (auch außerhalb der Türkei), sowie auf Wunsch auch Videovorführungen, über die Freizeitredaktion von BLAU LICHT oder telefonisch bei Kollege Helmut Kamehl, Krb Koat 16, Gr. 2, Telefon (0222) 48 8 02-2586 oder 0663 / 91-90-541.

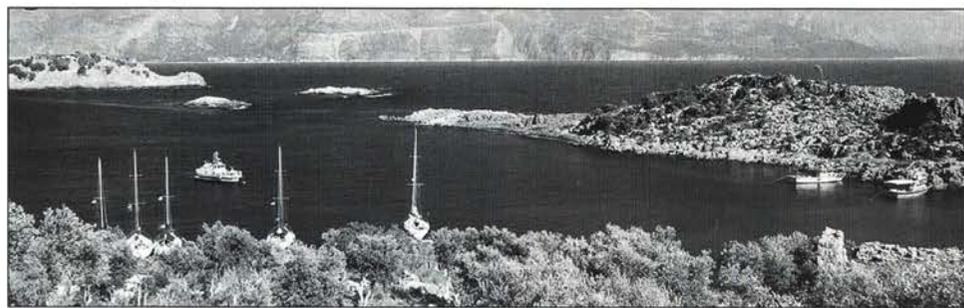


KOTTAN IN GOLD

Der Kottan in Gold wird in dieser Ausgabe verliehen an

Justizminister
Nikolaus Michalek

Begründung: Nach der dramatischen Geiselnahme in der Strafanstalt Graz-Karlau sollen ausgerechnet jene beiden Justizwachebeamte, die im Zuge der Ereignisse verletzt wurden, nun als Sündenböcke herhalten. Gegen die schwer verletzten Beamten soll nun sogar ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Der Justizminister scheint sie damit für die Fehler des Systems zu Rechenschaft ziehen zu wollen. Dabei ist es eben Justizminister Michalek, der für die Überstunden- und Personaleinsparungen der letzten Jahre verantwortlich ist. Womit sich der Justizminister den Kottan in Gold diesmal redlich verdient hat.



Nautilus Yachten

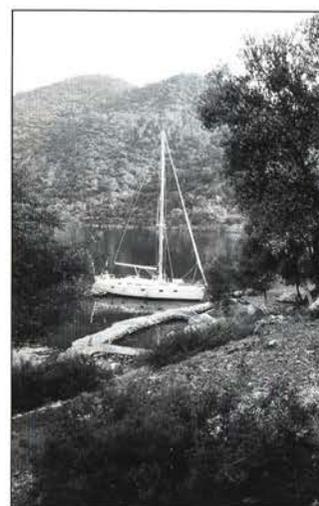


Nautilus Yachten – Austria

A-8010 Graz, Zinzendorfsgasse 8
Telefon (0316) 32 69 70, Telefax (0316) 32 63 73

Nautilus Yachten Izola d.o.o., SLO-66310 IZOLA, Polje 21, Telefon 00386 66 67 0 59
Nautilus d.o.o., CRO-52417-UMAG, Set. v. Gortana 24, Telefon 00385 52 75 32 59

YACHTSCHULE • YACHTZUBEHÖR • YACHTMODEN • NEU- U. GEBRAUCHTBOOTE



Kaminkehrermeister
Franz Dietrich
ch.t. Kesselreinigungen Ölofenservice



A-6100 Seefeld, Münchner Straße 103
Telefon 05212/3776 05212/2780
oder 0663/858603

Südtiroler Stuben

6100 Seefeld

Telefon 0 52 12 / 39 11

Gasthaus Staudach Stub'n

A-6365 KIRCHBERG, Tel. 05357 / 20 84



- idealer Ausgangspunkt für Wanderungen • großer Kinderspielplatz
 - Produkte aus eigener biologischer Landwirtschaft
 - Tiroler Bauernkost • heimische Spezialitäten • Sonnenterrasse
- Wir freuen uns auf Ihre Einkehr!*

Gasthof "Brunelle"

6105 Leutasch-Weidach 337

Telefon 0 52 14 / 62 40

H. Appel

Verwöhnen Sie nicht nur Ihre Augen, sondern auch Ihren Gaumen in unserem stilvollem Speisesaal mit Wintergarten, in unserem à la carte-Restaurant oder in der Pizzeria. Behaglichkeit und Komfort bieten unsere Zimmer und Familiensuiten durch großzügige und harmonische Ausstattung wie Balkone, Kabel-TV, Durchwahltelefon, Safe, Bad od. Dusche, WC, den gemütlichen Wohnbereich und dem Personenlift im Haus. Entspannen-Relaxen - Erholen in unserem großzügigen Freizeitbereich, fröhliches Spiel im Kinderzimmer. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Sie finden uns im Zentrum von Sersfaus, gegenüber Dorfbahnstation Raika.

HOTEL POST

Familie Westreicher
Dorfbahnstraße 47 • A-6534 Sersfaus/Tirol
Tel. 05476/6261 oder 6262 • Fax 626113
(aus BRD 0943/5 ...NL 0943/5... F 1943/5...
GB 01043/5...)



**Hotel - Restaurant
Arzlerhof**

Familie Stagg
A-6471 Arzl im Pitztal
Tel. 05412/69 00-0
Fax 05412/6900-100



Hotel
Seespitz

A-6561 Ischgl 145
Tel. 05444 / 5214 - Fax 05444 / 57084

Herzlich willkommen im
SEESPIZ -
Ihr Ferienzuhause in
Ischgl, direkt an der
Silvretta Seilbahn
Talstation, mitten in der
Schiarena.

Wir freuen uns, Sie
verwöhnen zu dürfen
Familie Roller



**Pfunds
Kerle**
spezial
Tel. 05474/5520

Ein Trio, dessen Repertoire nicht nur junges, sondern auch älteres Leute zum Toben bringt!
Non-Stop Programm (Volksmusik, Schlagen, Pop, Rock, Discobits u. Evergreen) 3 Berufsmusiker geben ihr Bestes! ...und das Publikum tollt!

Kontaktadresse:
„Pfunds Kerle“
Paul Köhle
A-6542 Pfunds, Kobl 194,
Fax und Tel. 05474/5526

PREISRÄTSEL



zu große Beflis- senheit Kolloid		Z.f. Platin kurz f.e. Leicht- metall	W-ungar. Stadt Vogel- tätigkeit	Pferd Don Qui- chottes
5	1	Straßen- belag veralt. f. Gefängnis	9	
Form von backen Vokalver- bindung		japan. Politiker, gest. 1909 ein Vokal	2	
	naut. Befehl kurz für Artillerie			Name des Oberlaufs der Ybbs
Abk. f. d. ital. Rundfunk Pelztier		König (franz.)		8
		eur. Raum- behörde bibl. Priester		
röm. Zahl- zeichen für 53	Abk. für negativ	7	ch. Z. f. e. metall. Element, (Rhenium)	
Z.f. Fluor gefüllt. Schoko- lade- stück	flott, munter			3

**Golddukat
Super
Preisrätsel**

**GEWINNEN SIE EINEN
GOLDDUKATEN**

Teilnahmebedingungen:
Unter den richtigen Einsendungen wird aus jedem Fachbereich ein Gewinner ermittelt. Teilnahmeberechtigt sind nur Beamte der angeführten Fachbereiche. Der Gewinnkupon ist nur mit dem richtigen Lösungswort, vollständigem Absender, angekreuztem Fachbereich und ausreichend frankiertem Kuvert gültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden schriftlich verständigt.

Einsendeschluß: 31. Jänner 1997
Datum des Poststempels.

Wir gratulieren den Gewinnern
des Preisrätsels September 1996:

Daniela Holzinger
Hans Rainer
Gerhard Höllner
Leopold König
Rudolf Katzenbeisser

Bitte ausschneiden und einsenden!

Das Lösungswort erhalten Sie, wenn Sie die richtigen Buchstaben aus dem Preisrätsel hier eintragen.



Bitte
ausreichend
frankieren!

Absender: Vor-/Zuname: _____

Straße: _____

Plz: _____ Ort: _____

- Bitte Fachbereich ankreuzen
- Gendarmerie
 - Sicherheitswache
 - Kripo
 - Zollwache
 - Justizwache

ANF
Exekutivvereinigung

Bartensteingasse 14/9
1010 Wien

Tirol Herz der ♥ Alpen stellt sich vor:

HOTEL MOOSER KREUZ

Telefon 05446-2230
 Gepflegte Gastlichkeit - Regionale und inter. Küche
 Hallenbad - Sauna - Dampfbad
 Solarium - Sonnenterrasse
 Oberhalb des Dorfes-Direkte Zufahrt von der Piste
 Kostenloser Busservice
 Unter gleicher Leitung:
 Sportcafe Schneider Tel. 2548, in der Fussgängerzone

Familie Rabofer
 A-6580 St. Anton am Arlberg, Tirol-Austria
 Tel.: 05446/2230-2730 • Telefax 05446/3306



GASTHOF, CAFÉ, PUB, DISCOTHEK

GÖTZNERHOF

6091 Götzens, Tel. 0 52 34/33 1 82, Fax 33 7 24
 Für jede Dame haben wir eine kleine Nascherei!

Jeden Freitag + Samstag
 zahl 1 nimm 2...
Happy Hour
 22 bis 23 Uhr
Café + Bar:
 Täglich geöffnet von 7 Uhr früh bis 1 Uhr nachts
Discothek:
 am Donnerstag von 21.30 bis 4 Uhr früh, am Freitag
 und Samstag von 21 bis 4 Uhr früh geöffnet

DISCOTHEK
 JEDEN DONNERSTAG
 22.00 - 4.00 UHR
 Ohrwürmer Party

Sie sind der Meinung – Urlaub in einem der schönsten Gebiete Österreichs, in einem 4-Sterne-Familienhotel mit allem Komfort – muß teuer sein.

Wir überzeugen Sie gerne vom Gegenteil!

Hotel Kristall
 ...das familiäre Urlaubshotel im Leutaschtal

Tirol LEUTASCHTAL
 Appartementhaus
Ostbacher Stern

Gleich anrufen! Familie Bader
 A-6105 Leutasch, Weidach Nr. 300
 Tel. 00 43/52 14/63 19 o. 64 41, Fax 64 89 47

cafe schreiner konditorei

6065 Thaur, Stollenstraße 2
 Telefon 0 52 23 / 49 28 47

TÄGLICH FRISCHE KUCHEN UND
 TORTEN FÜR ALLE ANLÄSSE AUS
 UNSERER KONDITOREI

Go well.
 Go Shell.



Folgende Firmen unterstützen mit einem Druckkostenbeitrag die Herausgabe des Fachmagazins

„BLAULICHT“

(von Exekutivbeamten für Exekutivbeamte)

- Textilreinigung Znölnig, Liesersteggasse 7, 9800 Spittal/Drau
- Österreichische Ichthyol Ges.m.b.H. nunmehr K. G., 6100 Seefeld
- Fleischhauerei Anton Wurzer, Moosgasse 2, 6065 Thaur
- Fahrzeughbau Georg Plank, Dörferstraße 31, 6065 Thaur
- E. Renner, Fachmarkt für Fliesenzubehör, Salzburgerstraße 53, 4600 Wels
- Sportswear und Jeans Neugebauer, Pfarrgasse 24 / Stadtplatz 19, 4600 Wels
- Handelsagentur Helmut Möseneder, Oberfeldstraße 13, 4600 Wels
- IVG Sägen - Service Handelsgesellschaft m.b.H., 4910 Neuhofen i. I., Frankenburgerstr. 29
- Mode Exclusiv, Hannes Wrba, Kürschnermeister, 4910 Ried i. I., Rainerstraße 7

PC
 Pixner Computer

Tel.: 07752/86555
 Fax: 07752/865554
 Dr. F. Berger-Straße 26
 A-4910 Ried i. I.
 pixner@pc-pixner.co.at

DOS-, APPLE- Hard- und Software
 NOVELL-, Windows NT-, Netzwerke
 Zubehör, SERVICE & SUPPORT

Gasthof
Rudolf und Josefine Brandstötter

Gutbürgerliche Küche • verschiedene
 abgeschlossene Räume für Veranstaltungen
 ARBÖ-Stützpunkt

Bahnhofstraße 15, 4710 Grieskirchen

PÜHRINGER

PÜHRINGER Ges.m.b.H. & Co. KG
 Papier, Büro, Schreibwaren
 4600 Wels, Maria-Theresia-Straße 41

Heinrich Gugenberger
 Geflügelhof

4600 Wels,
 Trauseneggerdamm 30
 Tel. 07242/83 04 84

aquastop
 Schnell - leise - sauber!

NOTRUF NUMMER
 05223/491294

....der Entfeuchtungsspezialist
 Wasserschadenbehebung
 Bautrocknung, Trocknung von Bodenaufbauten,
 Feuchtigkeitsmessungen,
 Geräteverleih.

.... BEVOR IHNEN DAS WASSER
 BIS ZUM HALS STEHT!



SICKA
KLEIDUNG

MODISCH UND PREISWERT

TIKAL
 GmbH & Co. KG.

4600 Wels, Schulstraße 19
 Telefon 07242/66 3 11

Dr. Hans-Peter Klambauer
 Univ.-med.

Facharzt für Zahn-, Mund-
 und Kieferheilkunde

A-4212 Neumarkt i. M.
 Linzerstraße 13
 Telefon 0 79 41 / 84 11

Ordination nach schiefmündiger Vereinbarung
 ALLE KASSEN



P.b.b. Erscheinungsort: 8200 Gleisdorf
Verlagspostamt: 1010 Wien

*Go well.
Go Shell.*



Herrn
Josef WAGENTHALER

Unt. Flößerweg 250
4060 Traun

Gebrauchte VW - Audi Ersatzteile von A - Z

AUTO F. RATHWALLNER

A-4710 GRIESKIRCHEN TEL. 07248/3575



Erlebach

Elektroinstallationen

Elektro-Groß- und Einzelhandel
4600 Wels, Dragonerstraße 89
Telefon: 0 72 42 / 41 0 56



EUDORA
UND KEINE ANDERE

AUSZEICHNUNGEN UND PREISE:

- Staatspreis für geprüfte Qualität, 1988
- Österreichischer Designerpreis, 1988
- Deutscher Designpreis, 1989
- Österreichischer Marketingpreis, 1989
- Österreichischer Staatspreis für vorbildliche Verpackung, 1990
- Kaplan-Medaille, 1995
- Umweltzeichen des Bundesministeriums, 1995